

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonimentspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenlage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schönlank.

Inserate werden die 5 geschaltete Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Verleihungsangebot 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszzeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

An unsere Leser

richten wir jetzt, wo wieder einmal ein Monat zu Ende geht, die Bitte, rechtzeitig das Abonnement zu erneuern.

Unsere Leser wissen, daß in den nächsten Seiten großes auf dem Spielt steht.

Im Zelchen des Evangeliumskurses, dessen Wege nicht an nähernd vorauszusehen sind, der daher Überraschung über Überraschung erwarten läßt, gesäßt sich die deutsche Politik noch aufen in Weltmachsgebäuden. Noch ist nicht zu sehen, welchen Ausgang die deutsche Chinapolitik nehmen wird.

Nur für das arbeitende Volk ist eines klar von vornherein; mit der Weltmachspolitik stellen sich auch die

neuen Steuern

ein. Die Forderungen für die Marinevorlage haben im Reichstag die schlimmsten Aussichten gerechtfertigt.

Nach innen drängt die Politik des Evangeliumskurses auf Entrichtung des arbeitenden Volkes.

Die Reichspolitik wie die Politik der Einzelstaaten steht in diesen Tagen unter der Parole:

Unternehmerschutz und Arbeiterschutz.

Das bishen Recht des Proletariats soll noch mehr geschränkt werden. Mehr Steuern und weniger Rechte.

Da heißt es, genau die

Parlamentsdebatten

zu verfolgen, genau zu studieren, was im Reichstag und was im Landtag vor sich geht. Es ist jedermann Pflicht, den Kampf um die Freiheit, der sich dort abspielt, mitzuleben.

Nur noch eine kurze Spanne Zeit ist es, bis Ihr an die Urne treten und Euer

Reichstagswahlrecht

aussüben werdet. Dann gilt es, den Regierungen und den herrschenden Parteien die Antwort zu geben, die sie verdienen.

Denkt daran, daß bei all diesen Kämpfen die Presse die schneidigste Waffe des Proletariats ist. Die

Leipziger Volkszeitung

wird in den Kampf ziehen, wie sie es bisher gethan hat. Thue jeder das Seine dazu, daß sie immer größere Verbreitung und damit immer größere Macht gewinnt. Jeder neue Abonnement bedeutet einen Machtzuwachs, eine Förderung im Kampfe um die gefährdeten Rechte des arbeitenden Volkes.

Nedaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Zwei Gründer.

Von Guy de Maupassant.

Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Emmy Becker.

Ohne ein Wort zu wechseln, waren die drei Herren an der häuslichen Schwelle in der Rue Belle-Normande angelangt; das Haus war schmal und enthielt ein Erdgeschoß und zwei kleine Stockwerke. Das Dienstmädchen, eine neunzehnjährige ländliche Dienerin für geringen Lohn mit entsprechenden Leistungen, öffnete die Thür, machte sie wieder zu, stieg hinter ihrer Herrschaft in den eine Treppe hoch gelegenen Salon hinauf und meldete erst dort, indem sie von ihrem Talente, verblüfft und dumm dreinzuschauen, den ausgiebigsten Gebrauch mache: „Es ist ein Herr schon dreimal dagewesen.“

Der Hausherr, welcher überhaupt nur brüllend und schreidend mit ihr verkehrte, donnerte: „Wer ist dagewesen, in Aduchs Namen?“

Die stummen Kraftanstrengungen ihres Dienstherrn verschafften stets jegliche Wirkung auf Josephinen Gemüts, und sie erwiderte mit Ruhe: „Ein Herr vom Herrn Notar!“

„Bon was für einem Notar?“

„Vom Herrn Notar Canu.“

„Und was hat dieser Herr gesagt?“

„Dass der Herr Canu heute abend selbst kommen werde, hat er gesagt.“

Herr Leacanu war der Notar und auch einigermaßen der Freund Herrn Rolands, dessen Geschäfte er besorgte.

Doch er seinen Besuch für heute abend noch in Aussicht gestellt hatte, deutete unbedingt darauf hin, daß es sich um eine dringende Angelegenheit von nicht geringer Wichtigkeit handelte, und die vier Glieder der Familie Roland blickten einander mit jenem Unbehagen an, das den bescheidenen Rentier gewöhnlich ergreift, sobald es sich um die Einmischung eines Notars handelt, dessen Titel ihm Verträge, Erbschaften, Prozesse und derlei mehr oder weniger wünschenswerte Dinge vor die Seele ruft. Nach einem Nachsinnen bemerkte das Familienhaupt: „Was kann denn das zu bedeuten haben?“

„Eine Erbschaft, verlassen Sie sich darauf,“ lachte Frau Rosemary. „Ich bringe Glück!“

Da durchaus keine folgenreichen Todessfälle in der Familie zu hoffen waren, saud der Gedanke wenig Anfang, doch machte sich Frau Roland, die ein vorsätzliches Gedächtnis für noch so weitverzweigte Verwandtschaft besaß, sofort daran, im Kopfe alle Linien ihrer und ihres Mannes Familie bis ins zehnte und zwölftes Glied durchzugehen.

„Sag doch, Vater“ (sie nannte ihren Mann zu Hause immer „Vater“, vor Fremden meist Herr Roland), „sag doch, wen hat Joseph Lebru in zweiter Ehe geheiratet?“

„Eine kleine Dumelle, die Tochter eines Papierfabrikanten.“

„Sind Kinder aus dieser Ehe da?“

„Das will ich meinen, wenigstens vier oder fünf.“

„Nein; dann ist von der Seite nichts zu erwarten,“ bemerkte sie, und nun fuhr sie fort, den Stammbaum der Rolande nachzuforschen, was sie so ausschließlich in Anspruch nahm, daß sie nicht einmal daran dachte, ihren Hut abzulegen.

Dabei ward sie immer eifriger und erwähnte sich mehr und mehr bei dem Gedanken, wie esfreulich es wäre, wenn

ihnen ein bishen Wohlstand so schlechtweg aus den Wolken fallen wollte, so daß Peter, der ihren Hang zum Träumen kannte und der die schmerzhafte Enttäuschung vorausah, die notwendig eintreten mußte, wenn diese hochgespannten Erwartungen sich nicht verwirklichten, die Nachricht des Notars sich vielleicht als eine unerfreuliche herausstellte, es für passend hielt, einen Dämpfer aufzusetzen.

„Steigere Dich mir nicht in solche Ideen hinein, Mama, die Seiten der Onkel aus Amerika sind vorüber. Wir ist viel wahrscheinlicher, daß es sich um eine Heirat für Hans handeln wird.“

Alle waren überrascht von diesem Gedanken, der viel Einleuchtendes hatte; Hans fühlte sich peinlich berührt, daß sein Bruder denselben in Frau Rosemarys Gegenwart hatte verlauten lassen.

„Weshalb soll sich denn ein solcher Plan gerade auf mich beziehen? Die Vernunft ist zum mindesten höchst anfechtbar. Du bist der Altere, also versteht sich's von selbst, daß man zuerst an Dich denken wird. Ueberdies heirate ich nicht.“

„Du bist also verliebt?“ fragte Peter mit spöttischem Lachen.

„Man muß notwendigerweise verliebt sein, wenn man sagt, daß man noch keine Lust zum Heiraten hat?“ gab der Bruder verspielt zurück.

„Ach! Nun las ich mir's gefallen. Du hattest vorhin das „noch“ ausgelassen — das „noch“ macht alles gut, Du wartest also vorerst.“

„Minns, wie Du willst.“

Das Familienhaupt, das bis jetzt schweigend zugehört hatte, war mit einem auf eine höchst wahrscheinliche Lösung des Rätsels gestoßen.

„Du lieber Himmel, sind wir dumm, uns so die Köpf-

nichterung kam zum Ausdruck in dem ungeheueren Stimmenzuwachs, den die Partei 1890 zu verzeichnen hatte und der so groß war, daß sich daraus selbst der geringere Stimmenzuwachs im Jahre 1893 leicht erklärt.

Da nun im Jahre 1893 den 270 654 sozialdemokratischen Stimmen im ganzen 320 000 gegnerische Stimmen gegenüberstanden, so ist angesichts des ungewöhnlichen Agitationsstosses, der uns nicht nur in Sachsen, sondern auch durch die Reichspolitik an die Hand gegeben ist, die Hoffnung auf relative Stimmenmehrheit bei den nächsten Wahlen voll berechtigt.

Diese relative Mehrheit berechtigt aber auch zu der weiteren Hoffnung, daß sich die Zahl der sozialdemokratischen Mandate in Sachsen vermehren werde, so daß nach der nächsten Wahl auch die sozialdemokratischen Abgeordneten an Zahl den bürgerlichen Abgeordneten insgesamt überlegen sein werden.

Das Jahr 1893 brachte uns in den Haupt- und Stichwahlen 7 Abgeordnete. Im Mai 1894 eroberten wir bei der Erstwahl für den Amtshauptmann v. Polenz, dessen Wahl wegen unerhörter Wahlbeleidigungen für ungültig erklärt wurde, den 23. sächsischen Wahlkreis. In der Stichwahl schlug Gerisch seinen Gegner, der 10926 Stimmen erhielt, mit 12 589 Stimmen. Und im April 1895 gewann die Partei im ersten Wahlgange den Wahlkreis Dresden-Land, wo der antisemitische Abgeordnete das Mandat niedergelegt hatte. 16 576 sozialdemokratische Stimmen standen hier 8588 antisemitischen und 7589 konservativen Stimmen gegenüber. So hat die Partei heute von 23 Mandaten bereits 9 in Besitz.

Angesichts dieser Ziffern und der Volksstimme kann den Ordnungsmännern auch die beste Wahlparole nichts mehr nützen und selbst die Raketen des Wasserpatroismus werden dieser Situation gegenüber wie Seifenblasen zerplatzen. Nach den Manipulationen der Ordnungsparteien während der 87er Wahlen wird man heute keine Mehrheit für die abenteuerliche Kolonialpolitik mehr erzielen.

Das Volk glaubt den Vertretern von „Bildung und Besitz“ nicht mehr. Nicht vertreten haben sie das Volk, sondern verraten, den Interessen der Industriebarone und Landlords haben sie es zur Ausbiente überantwortet und erreicht, daß der spärliche Arbeiterschutz dem Arbeitertreub wächst. Der Stumm giebt in der inneren Politik den Ton an.

Und dieselben Leute, die in Sachsen dem Volke das Wahlrecht zu den Landtagswahlen geschmälerkt haben, die dem Stumm in der Arbeiterpolitik Folge leisten werden, wenn sie die Macht haben, auch das Reichstagswahlrecht fast lachend zerstören und den Arbeitern ihre lezte Waffe nehmen, mit der sie in friedlicher Weise ihre Ziele durchsetzen können.

Dazu darf es natürlich nicht kommen, und wird es nicht kommen. Über das Volk muß auf die drohenden Gefahren immer und immer wieder aufmerksam gemacht werden, denn groß ist die Zahl der Lässigen und Gleichgültigen.

Möge daher die Agitation allerwärts im Lande beginnen und ebenso energisch als intensiv betrieben werden — dann wird es einen glänzenden Erfolg geben.

Politische Übersicht.

Bom groben Unfug.

Wie die Deutsche Juristenzitung meldet, hat das Münchener Oberlandesgericht jüngst wie folgt entschieden:

„Zeitungsatikel, die nicht bloß grobe Beleidigungen der bei einer Aburteilung beschäftigten Richter, sondern auch gehässige Nebentreibungen bezüglich der Handhabung der jetzigen Justizpolizei überhaupt und verlebende Angriffe gegen den gesamten Richterstand nebst dem Vorwurf der Verleumdung beschworener Pflichten durch gewaltthätige Missachtung des Rechtes der äußeren Rechtsnormen und des Rechtsgefühls, dann durch mit dem Richtertheile unvereinbares Hinwegsehen über Gesetzesgebung und Gerechtigkeit bei Richteramtshandlungen enthalten, können als „grober Unfug“ bestraft werden. Es genügt dazu die Feststellung, daß durch diese Artikel eine unbegrenzte Anzahl von Personen in ihrem Frieden

zu zerbrechen.“ rief er. „Der Notar weiß ja doch, daß Peter und Hans geeignete Wohnungen suchen, um ihre Praxis als Rechtsanwalt und Arzt zu beginnen — jedenfalls hat er für den einen oder den anderen etwas Zweckentsprechendes gefunden.“

Das lag so nahe und hatte so viel für sich, daß alle sofort die Annahme festhielten.

„Es ist angerichtet,“ meldete Josephine, und man kam erst jetzt dazu, sich in die verschiedenen Schlafzimmer zurückzuziehen und sich ein wenig zurechtzumachen.

Sehn Minuten später sah man in dem kleinen Speisezimmer im Erdgeschoss. Anfangs schwiegen alle, nach kurzer Zeit aber fing Herr Roland an seine eigne, mit so viel Beifall aufgenommene Mutmaßung wieder in Zweifel zu ziehen.

„Schließlich, weshalb hat er nicht geschrieben?“ bemerkte er. „Weshalb hat er dreimal seinen Gehilfen geschickt? Weshalb kommt er denn jetzt noch selbst?“

Peter konnte daran nichts Auffallendes finden.

„Höchst wahrscheinlich muß er sofort Antwort haben, vielleicht handelt es sich auch um einige Bedingungen, die vertraulicher Art sind, und die Herr Lecanu nicht gern schriftlich erörtern wollte!“

Die ganze Familie war nicht im stande, sich von diesem Ideenkreis loszureißen, und zugleich empfanden alle die Gegenwart einer Freunden bei einer derartigen Unterredung störend und berenten, Frau Mosemillly zum Bleiben aufgefordert zu haben.

Kaum hatte man sich wieder in den Salon hinaufgegeben, als der Notar gemeldet wurde. Herr Roland eilte ihm entgegen: „Willkommen, verehrter Freund, willkommen!“

(Fortsetzung folgt.)

bunruhigt und belästigt werden könnte, daß weiter der Redakteur bei der ihm obliegenden Überlegung zu der Ueberzeugung kommen müsse, es werde durch die eine Ungehörigkeit dargestellte Verbreitung der Artikel ein unbegrenzter Kreislauf bewirkt und in der Empfindung ungebührlich verlegt werden können, endlich, daß sich der Redakteur der Rechtswidrigkeit seiner Amtsgabe bewußt war.“

Die Auslegungsfähigkeit dieser Entscheidung geht, so schreibt die Frankl. Ztg., noch über die Egalität des Staatschulds ein gut Teil hinaus. Die hier genannten Zeitungsartikel sind offenbar solche, die durch den Beleidigungsparagraphen nicht fassbar sind. Wenn also ein Gericht eine Kritik der Justizpolizei für übertrieben hält — und dazu wird es, da es selbst davon indirekt mitbetroffen ist, naturgemäß sehr leicht geneigt sein — so soll es, wenn auch sonst nichts Strafbares vorliegt, deshalb wegen groben Unfugs verurteilen können.

Die Feststellung, daß eine unbegrenzte Anzahl von Personen durch diese Kritik belästigt werden „können“, kann ja schließlich immer gemacht werden. Wir müssen hiergegen erklären, daß wir durch die Entscheidung des Münchener Oberlandesgerichts uns sehr stark in unserem Frieden beunruhigt und belästigt fühlen, und wir sind sicher, daß eine unbegrenzte Anzahl von Freunden die gleiche Belästigung empfinden. Ein derartiger „grober Unfug“ macht die Presse einfach vogelfrei, und es ist hiernach nur eine Forderung der einschärfsten Rechtsicherheit, daß der Begriff des groben Unfugs überhaupt aus dem Strafgesetzbuch entfernt wird.

Deutsches Reich.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der Redakteur des Kladderadatsch, Johannes Trojan, ist am 25. Januar wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch die Nummer vom 28. November, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden, dem geringsten Strafmaß, wie es der Staatsanwalt beantragt hatte.

Dieses Urteil wird, ungleich den vielen anderen Verurteilungen, die mit Gleichtun als etwas Alltägliches hingenommen werden, viel Aufsehen erregen. Es kann also auch einem hochpatriotischen Manne, wie dem Herrn Trojan, heutzutage passieren, dem Majestätsbeleidigungsparagraphen zu verfallen, wenngleich wenn der gute Patriot Redakteur eines Blattes ist. Bisleicht gewöhnen sich angesichts eines solchen Urteils auch standhafthaltende Männerseelen an den furchterlichen Gedanken, daß es an der Zeit ist, den Majestätsbeleidigungsparagraphen aufzuheben.

Wegen Majestätsbeleidigung erhielt gestern der Arbeiter Johann Seengpiel von der ersten Strafkammer am Berliner Landgericht II eine strenge Strafe. Der Angeklagte ist wegen Vagabundens und Bandstreitens schon sehr oft, aber auch schon zweimal wegen Majestätsbeleidigungen vorbestraft, die er ausstößt, wenn es ihm um ein schändliches Oddach zu ihm ist. Am Silvesterabend machte er vor dem Amtsgebäude in Rixdorf mächtigen Skandal. Ein Gendarm riet ihm, fortzugehen, da er sonst leicht arretiert werden würde, der Angeklagte erwiderte jedoch, daß er gerade deshalb standhalte, um ins Gefängnis zu kommen. Der Gendarm wollte ihm den Gefallen nicht thun, der Angeklagte erklärte aber, er werde seine Verhaftung erzwingen und stieß nun eine Majestätsbeleidigung aus. Damit erreichte er natürlich seinen Zweck. Er wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 25. Januar. Der Reichstag hat sehr viel überflüssige Zeit. Heute wurden noch drei Stunden der Erörterung des Börsengesetzes gewidmet und über seine Wirkungen gestritten. Frühbrüder, Tempelständer, Börseregister und Terminhandel waren die Schlagworte, die sich die Redner von gestern, die Herren Dr. Barth, Paeschke, Hahn und Graf Arnim anwarfen. Auch der Dauphin der freisinnigen Volkspartei, der Abgeordnete Fischbeck, meinte sich in den Streit. Die besten Gründe waren auf Seite der freisinnigen Redner, die im Kampf gegen das Börsengesetz ja nicht nur ihren Geldbeutel, sondern auch die Prinzipien der kapitalistischen Entwicklung vertreten. Über die Debatte war als Ganzes ja überflüssig, daß es von unserer Fraktion niemand für nötig fand, das Wort zu ergreifen.

Dann kamen wieder die Klagen der Assistenten des statistischen Bureaus zur Sprache, auch so ein Wurm, der nicht sterben kann. Zum Schluss wurde die Errichtung einer biologischen Versuchsanstalt für wissenschaftliche Erforschung wirtschaftlich nutzbarer Lebensbeziehungen von Pflanzen und Tieren“ beprochen, eine Forderung, die trost des langen Titels ganz verständig ist und von allen Parteien unterstützt wurde.

Chinesisches.

Der Pachtvertrag.

Das Neuterrische Bureau meldet aus Peking: die Schwierigkeiten mit Deutschland seien endgültig gehoben. Der deutsche Gesandte erhielt, als er auf seinem Verlangen bestand, die Zusicherung, daß Kautschau der deutschen Regierung auf 29 Jahre pachtweise überlassen werde.

Über die englische Anleihe an China wird lustig weiter verhandelt. Der Abschluß der Anleihe mit Großbritannien oder mit Russland hängt, nach einer Meldung des Neuterrischen Bureaus, davon ab, welches Land den größten Druck ausübe. Wenn Großbritannien es auf sich nähme, China gegen die Folgen der russischen Misstimming in Schutz zu nehmen, so glaubt man, daß die Anleihe gemäß den Bedingungen des britischen Gesandten zum Abschluß kommen wird.

England und China.

Der Untersekretär Curzon hielt in Boston eine Rede, in der er über die Stellung der englischen Regierung in der chinesischen Angelegenheit ausführte, da andere Mächte sich besondere Vorteile hoffen wollten, habe England kompensierende Vorteile zu fordern und zu verlangen, daß die anderen bewilligten Vorschriften nicht mit dem Vertragsrecht in Widerspruch ständen. Die Politik Englands sei keine Angrißspolitik, sie schließe keine Besetzung oder Teilung von Landgebieten in sich. England kämpfe vielmehr für die Freiheit des Handels in China und habe dabei die Sympathie aller freien Völker und Regierungen auf seiner Seite. Die englischen Vertragsrechte machen es unmöglich, den Handel Englands von irgend einer in China eingeschlossenen Einfußsphäre auszuschließen, und auf diese Weise werde die Regierung bestehen. —

Nach einer Meldung der Daily Mail aus Shanghai hat sich das britische Geschwader in den chinesischen Gewässern ge-

teilt. Das Flaggschiff Centurion und fünf andere Schiffe liegen bei Tschusan und sieben Schiffe bei Tschemuipo.

Das französische ostasiatische Geschwader wird laut amtlicher Bekanntmachung der Admiral Beaumont befehligen.

Schuh vor Schuhleuten?

Köln, 25. Januar. Heute hat sich der Kriminalschuhmann Kiefer vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Am 2. Juli 1897 abends gegen 8 Uhr kam es in den Hauptstrafen Köln zu einem Aufstand. Der Kriminalschuhmann Kiefer transportierte ein junges Mädchen nach dem Polizeipräsidium. Die Verhaftung machte deshalb so großes Aufsehen, weil die junge Dame, deren Neuerkeits nicht auf eine Dirne schließen ließ, sich heftig sträubte und schrie, so daß sie nur mit Hilfe zweier anderer Schuhleute gewaltsam transportiert werden konnte. Kiefer, dem der Patrouillendienst über die hiesigen Prostituierten oblag, hielt das junge Mädchen für eine Prostituierte, da sie anfänglich ein Stück Weges neben einer Prostituierten gegangen sein soll. Es wurde in seiner Aussage, eine Prostituierte vor sich zu haben, noch bestätigt, als das junge Mädchen ihm auf seine Ansprüche, ihm ihren Namen zu nennen, sagte, daß sie Wilhelmine Fassbinder heißt. Kiefer hatte nämlich den Auftrag, eine Prostituierte Namens Christine Fassbinder zu verhaften. Er glaubte, den Namen Christine Fassbinder gehört zu haben. Dies veranlaßte ihn, das Mädchen zu verhaften, obwohl es beteuerte, sie sei ein anständiges Mädchen, Tochter anständiger Eltern, ihr Vater sei langjähriger Obermaschinemeister der Kölnischen Zeitung. Anfänglich soll Fräulein Fassbinder sich weniger gesträubt haben, da ihr bekannt war, daß der Weg zum Polizeipräsidium bei dem Hause ihrer Eltern vorbeiführt. Sie sagte auch dem Schuhmann, daß ihre Eltern Minoritenstraße 11a, 3 Treppen wohnen. Als sie nun vor diesem Hause angelangt war, verlangte sie, zu ihren Eltern hinzugeführt zu werden; diese würden bestätigen, daß sie keine Dirne sei. Der Schuhmann hörte jedoch nicht darauf, und als sie sich nun weigerte, dem Beamten weiter zu folgen, soll dieser ihr einen so heftigen Stoß versetzt haben, daß sie fast bis auf die andere Straßenseite geflogen sei. Dadurch und durch das Geschrei des jungen Mädchens wurde der Aufstand immer größer. Die Mutter des jungen Mädchens wurde von Bekannten benachrichtigt: Letztere eilte auf die Straße und beschwore den Schuhmann, ihre Tochter frei zu geben. Auch mehrere Nachbarsleute der Familie Fassbinder, Kaufleute etc. bemühten sich, dem Schuhmann klar zu machen, daß Fräulein Fassbinder ein anständiges Mädchen sei. Dies war jedoch alles erfolglos. Diese Personen wurden von den Schuhleuten zurückgestoßen, und das junge Mädchen gewaltsam nach dem Polizeipräsidium transportiert.

Dort und auch auf dem Transport soll das junge Mädchen von Kiefer mißhandelt worden sein.

Inzwischen wurde der Vater des jungen Mädchens herbeigeholt. Er begab sich schlemmig auf das Polizeipräsidium. Dort gelang es ihm nach einiger Zeit, seine Tochter ausgeliefert zu erhalten. Als Fassbinder mit seiner Tochter aus dem Polizeigebäude heraus trat, wurde er von einer aus Juuhäfern und anderem Gesindel bestehenden Menschenmenge mit lauter Gejohle und den gemeinsten Redensarten empfangen und, da eine Drohrede nicht aufzutreiben war, in derselben Weise bis zu seiner Wohnung verfolgt.

Fräulein Fassbinder, das an jenem Abende ihre Schwester besuchte und sich, als sie verhaftet wurde, gerade auf dem Heimwege befand, hatte, nachdem sie in die elterliche Wohnung zurückgekehrt war, zunächst die Sprache verloren. Sie mußte aus Anlaß der ihr zugefügten Mißhandlungen etc. längere Zeit das Bett hüten und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Polizeipräsident nahm Veranlassung, der Familie Fassbinder über das Vorkommen Kiefer ist, dem Vernehmen nach, auch sofort vom Amtsgericht suspendiert worden.

Obermaschinemeister Fassbinder stellte gegen den Kriminalschuhmann Kiefer Strafantrag. Dieser wurde jedoch sowohl von der Staatsanwaltschaft als auch von der Oberstaatsanwaltschaft als unbegründet zurückgewiesen. Fassbinder wandte sich daraufhin beschwerdeführend an das Oberlandesgericht.

Dieses verfügte, daß der Kriminalschuhmann Kiefer in Anklagezustand zu verlegen sei. Es wurde deshalb gegen Kiefer Anklage wegen vorjährlicher und widerrechtlicher Freiheitsentziehung, vorsätzlicher Körperverletzung und öffentlicher Beleidigung und zwar in seiner Eigenschaft als Beamter in Ausübung seines Amtes, auf Grund der §§ 340, 341, 185 und 200 des Strafgesetzbuches erhoben.

Über die Verhandlung und deren Ausgang werden wir rechtzeitig berichten.

* Berlin, 26. Januar. Ein fleißiger Mittelstandspolitiker. Die Antisemiten thun sich bekanntlich besonders viel darauf zu gute, die speziellen Vertreter des Mittelstandes zu sein und die Interessen dieser verhüllenden Schicht energisch im Reichstage wahrzunehmen. Nun kann nicht geleugnet werden, daß der Mittelstand nicht unechthlich an der Reform der Civilprozeßordnung mit ihren allerdings sehr unbedeutenden Einschränkungen des Pfändungsrechts des Gläubigers und an den übrigen Justizgefahren beteiligt ist, die seit Weihnachten in der sechsten Kommission des Reichstags beraten wird. Auch die Wissenskraftsprozeßreformen gehen den Mittelstand an, denn auch seine Söhne dienen im Heere. Um so bezeichnender ist es, daß der antisemitische Abg. Bielhaben, den seine Parlegenossen mit der Vertretung in diesen Kommissionen betraut haben, noch nicht ein einziges Mal an einer dieser Kommissionssitzungen teilgenommen hat. Für diese gräßliche Pfänderverlehung scheint man aber in der antisemitischen Partei kein Verständnis zu haben, sonst hätte man doch schon längst einen anderen Vertreter wählen müssen. Über ist Herr Bielhaben das pflichttreueste Mitglied der Fraktion? —

Dem Reichstage ist ein Weißbuch über die Entwicklung des deutschen Schuhgebiete zugegangen. — In Sachen der Marinevorlage tritt in der offiziösen Presse ein sehr selbstbewußter Ton zu Tage. In der Münchener Allgemeinen Zeitung führt der Berliner Korrespondent aus: „Wenn hier und da an die Möglichkeit gedacht wird, die Regierung werde sich von der Frist innerhalb deren der vorgesehene Bestand des Flotte erreichen werden sollte, etwas abhandeln lassen, so wollen unterrichtete Kreise wissen, daß solches gänzlich ausgeschlossen sei.“ Den Herren, die sich auf Unterhandlungen einzulassen, gefiehlt es ganz recht, wenn ihnen der Stuhl so provoziert vor die Thüre gestellt wird. —

Am Geburtstage des Kaisers werden wieder grüßende Ver- gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

änderungen und Verbesserungen in den hohen Kommandostellen der Armee erwartet; d. h. Vermehrung der Pensionen.

Das fällige Eisenbahngesetz. In Köln stieß am 25. Januar früh 9 Uhr 30 Min. laut amtlicher Meldung der Güterzug Nr. 957 (Niederlahnstein-Speldorf) auf eine Güterabteilung des Güterzuges Nr. 905. Ein Lokomotivheizer vom Buge Nr. 957 wurde getötet, ein Lokomotivheizer und ein Bremer desselben Buges schwer verletzt. Zwei Lokomotiven und zwei Packwagen des Güterzuges Nr. 957 entgleisten und wurden erheblich beschädigt. Außerdem wurden von beiden Güterzügen fünf Güterwagen erheblich und sechs unerheblich beschädigt. Beide Hauptgelenke sind gesperrt.

Die Frankfurter Volksstimme berichtet, sie habe vor kurzem an die geschäftliche Centralstelle zur Verbreitung frei-sinniger Ideen, Zimmerstraße 7, Berlin, den für ein sogen. Broschüren-Abonnement nötigen Vertrag eingesandt mit der Bitte, sie als Abonnement vorzumerken. Die Expedition der Freisinnigen Zeitung habe ihr aber den Vertrag zurückgesandt mit folgenden Zeilen: "Ein Broschürenabonnement bedauern wir Ihnen nicht eröffnen zu können, da es nur für Parteigenossen bestimmt ist."

Die deutschfreisinnige Berliner Volkszeitung schreibt dazu: Wir danken, wenn man von der überzeugenden Kraft dieser Lehren, durch die doch u. a. auch die Sozialdemokratie geistig überwunden werden soll, durchdringen ist, so müsste man es gerade den Sozialdemokraten möglichst erleichtern, sich durch partizipativerisch geistige freisinnige Schriften belehren zu lassen! Wie anders macht es die Sozialdemokratie, die bei dem Vertrieb ihrer Schriften auf ein möglichst großes Publikum auch außerhalb ihrer Parteischranken rechnet! Offenbar hat man in leitenden sozialdemokratischen Kreisen das richtige Gefühl dafür, daß man sich nur lächerlich machen würde, wenn man anders verfahre!

Wie dem Hann. Kur. aus Minden i. W. geschrieben wird, hat dieser Tage in dem benachbarten Dorfe Südhemmern eine Versammlung des Bundes der Landwirte stattgefunden, in der man sich, trotz des lebhaften Widerspruchs des anwesenden Führers der Konservativen, Freiherrn v. d. Beck, dafür entschied, nicht mehr für den bisherigen konservativen Reichstag abgeordneten Grafen Noor einzutreten, sondern einen eigenen Bundeskandidaten in der Person des Landwirts Stille-Renkhausen anzustellen.

Wie schön und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig zusammenwohnen!

Herr von Roscielski-Admiralski richtet in Sachen der neuen Resolution der Posener polnischen Versammlung eine lange Buskript an den Dzennik, in der er sich gegen die "un-
kluge und voreilige" Resolution ausspricht, in der bekanntlich von dem Vertreter Posens im Reichstage, Herrn von Cegieliski, verlangt wurde, er solle gegen die Marinevorlage stimmen.

Ein Machtwort gegen die Geflügelholera hat ein ostpreußischer Landrat gesprochen: Zum amtlichen Kreisblatt des Königsberger Landkreises ist folgendes zu lesen: Nr. 47. Bekanntmachung. Amt Postnicken, 12. Januar 1893. Die Geflügelholera unter dem Federwisch des Zustammes August Kübler in Postnicken ist auf specielle Anordnung des lgl. Landratsamts zu Königberg i. Pr. erloschen, die Sperr aufgehoben.

Ein ostelbischer Landrat kann alles!

Echt nationalsozial! Für die Nationalsozialisten charakteristisch ist es, daß jetzt die Geschäftsstelle ihres Wochenblattes, Die Hilfe Flugblätter für das Flottengesetz verbreitet, die genau nach offiziösem Muster verfaßt sind wie die Flugblätter aus dem Hellerischen Verlag. Die Geschäftsstelle röhnt diesen Flugblättern nach, daß sie in "allgemein patriotischem Tone" gehalten sind, und daß sie schon ein bekanntes Mitglied der nationalliberalen Partei bestellt habe. Es sind doch brave Leute, diese Nationalsozialen!

Glensburg. 24. Januar. Ein Nachtwächter Kympühl wurde zu 50 Pf. Geldstrafe verurteilt, weil er aus einer Versammlung kommende Tischler arg mishandelt hatte. Bei der Begründung der Anklage sagte, nach der Schleswig-Holstein. Volkszeitung, der Staatsanwalt, es müsse als widernd in Betracht gezogen werden, daß die geprügelten Tischler gesellen Sozialdemokraten seien und es sei deshalb begreiflich, wenn auch nicht zu billigen, daß der Wächter sich an ihnen vergangen habe. Der Wächter habe aber nicht die Hand, sondern die Waffe gebrauchen müssen! Auch der Verfeindete des Angestellten griff die Tischlergesellen in ähnlicher Weise an, indem er betonte, daß sie gefangen und gejohlt hätten, wodurch der Wächter gereizt wäre, welche Anschuldigungen aber nicht einmal von den Entlastungszeugen des Angestellten bewiesen wurden.

Solche Ausprüche, so unglaublich sie klingen, sind nichts anderes als die Konsequenzen aus in gewissen Kreisen herrschenden Aufschauungen. Da die Herren für gewöhnlich so klug sind, ihre Herzenseinigung nicht dem Baun ihrer Bühne entzünden zu lassen, wird man dem Glensburger Staatsanwalt nur dankbar sein können für seine Unvorsichtigkeit, und seine Offenherzigkeiten im Gedächtnis behalten.

Wittenberg. 25. Januar. Die vierjährige Debatte über die Lage der Eisenbahnarbeiter im bayerischen Landtag endete heute mit dem üblichen Ergebnisse, daß die Kammer die sozialdemokratischen Anträge betr. Besicherung der Eisenbahnarbeiter gegen die Stimmen unserer Genossen und des Abg. Dr. Sigl ablehnte. Nur die überaus wässrigen Schein-anträge aus der Mitte des Centrums fanden Gnade vor den Augen der Kammermehrheit, deren Kurzsichtigkeit und Einsichtslosigkeit besonders in sozialpolitischen Fragen geradezu grenzenlos ist.

Alte politische Nachrichten. Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Pleich-Ruhmkirch, Warter Wolcay, ist gestorben. — Die neue radikale Universität Brüssel hatte dem freidenkerischen französischen Professor de Galvès, der elf Jahre hindurch an der Universität de France gelesen hatte, gestattet, Vorlesungen über die französische Literatur zu halten. Der belgische Justizminister hat ihn aber aus Belgien ausgewiesen und als er nicht sofort Brüssel verließ, wurde er festgenommen und durch Gendarmen über die Grenze geschafft. Die klerikale Wirtschaft in Belgien ist „musterhaft“.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kleiderzoll von Prag.

z. z. Für den Kleiderzoll und für die Einmischungen der Polizei in politische Demonstrationen zu schwärzen, ist niemals Sache der Sozialdemokratie gewesen, und kann es auch angesichts der Prager Ereignisse nicht sein. Wir stellen das Recht der freien Meinungsäußerung durch Aufzüge und Abzeichen

viel zu hoch, als daß uns die braunblauen Folgen dieser Freiheit an Studentenkörben besonders bewegen könnten. Wenn wir also auch mit den Deutsch-Bürgerlichen ganz einig sind in dem Wunsche, den Studenten sei ihr unveräußerliches Recht, sich prügeln zu lassen, unverzüglich zurückzugeben, so können wir doch nicht umhin, ihre Haltung ein wenig drosslig zu finden.

Warum schreien denn die Studenten und die Landtagsabgeordneten über das Polizeiverbot, Abzeichen zu tragen? Sehen sie in diesem Verbot das, was wir darin sehen, eine unbefugte polizeiliche Beschränkung der freien Meinungsäußerung? Fällt ihnen gar nicht ein! Das statutarische, das historische, verbrieft Recht der Couleurkummler ist verlegt worden; darum lecken sie nach Rache. Wie alt dieses Recht der Studenten ist, weiß ich nicht, sicher ist es nicht älter als das böhmische Staatsrecht. Vernunft, Gerechtigkeit, Bürgerrecht zu verteidigen, dazu sind die nationalen Parteien Österreichs einmal nicht da. Sie kämpfen um Sonderrechte und Privilegien. Wenn sie in diesem Kampfe einmal an die Polizei geraten, so macht uns das herzlich Spaß, aber das Recht, die Polizei ernstlich anzugreifen, sprechen wir diesen Leuten ab. Was die österreichische Polizei in den letzten Jahrzehnten an Schurkenstreichen verübt an der Arbeiterschaft — auf ihr Gewissen geladen hat, das hat sie ja nun ihnen zuliebe gethan. Dem hornierten Hasse sind wohl all die Qualen der Arbeiter durch polizeiliche Maßregeln entsprungen, Liebe und zarte Urforgnis haben den Kundenhofer Kleiderzoll hervorgebracht. Die bürgerlichen "reisen" Politiker spielen der Polizei gegenüber die Rolle ungezogener Kinder, die heulen, weil Großmutter mit der Rute kommt.

Böhmisches.

Der akademische Senat der deutschen Universität in Prag wird auf Verlangen der Unterrichtsverwaltung gemäß der Bestimmungen des Gesetzes so lange im Amt bleiben, bis der Unterrichtsminister seine Entscheidung getroffen hat.

Der Abgeordnete Pöhlke hat dem Abgeordneten Wolf wegen einer angeblich von leichten im Landtag gemachten verleidenden Anerkennung eine Herausforderung zugehen lassen. Der Ehrenrat hat entschieden, daß kein Grund zur Forderung vorliege.

Bei den gestern in Budweis vorgenommenen Gemeindewahlen des zweiten Wahlbezirks siegten die Kandidaten der Deutschen; die Tschechen enthielten sich der Wahl. Budweis ist eine zum großen Teile tschechische Stadt mit deutscher Gemeindevertretung. Die Medaille des Sprachenstreites hat auch ihre Rechtsseite.

Unterdistung der Deutschen in Ungarn.

Der ungarische Reichstag hat bestimmt vor kurzem beschlossen, den deutschen Städten des Landes von Amts wegen ungarische Namen aufzuzwingen. Dazu meldet die Neue Freie Presse aus Wien: Die hier weilende Abordnung jüdischer Frauen aus Siebenbürgen, die dem Kaiser Franz Joseph eine Adress mit der Bitte, das ungarische Gesetz über die Ortsnamen nicht zu sanktionieren, überreichen will, wird, wie verlautet, vom Kaiser nicht empfangen, sondern mit ihren Wünschen an die ungarische Regierung gewiesen werden.

Das ist die bequemste Art zu regieren!

Schweiz.

Die Zollentnahmen der Schweiz.

Bern, 25. Januar. Die schweizerischen Zollentnahmen betragen im Jahre 1892: 47898000 Franken, das ist gegen das Vorjahr 16287775 Franken mehr.

Frankreich.

Die Affäre Dreyfus. — Aus der Kammer.

Paris, 25. Januar. Bolla und der Direktor der Aurora überreichten dem Staatsanwalt eine Liste der von ihnen zur Erbringung des Wahrheitsbeweises vorgeschlagenen Zeugen. Die Zahl derselben beträgt 104. Es befinden sich darunter Casimir Périer, die früheren Minister Dupuy, Guérin, Deville, Vibot und Darlan, die Generale Mercier, Boisdeffre, Gonse und Pétieuz, die Obersten du Bath, de Clam, Picquart und Henry, die Majors Esterhazy und Jorginetti, Frau Dreyfus und Frau Boulanch sowie zahlreiche Sachverständige, Gelehrte und Schriftsteller, endlich Mitglieder der russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und englischen Botschaft.

Der deutsche Gesandtschaftsrat Below-Schlotan erklärte einem Interviewer des Temps, er werde der Vorladung nicht Folge leisten, da er von der ganzen Sache nichts wisse.

Der Heeresausschuß beschloß einstimmig ein Tadelsvotum gegen den Deputierten Neinach, weil er in seinem an den Kriegsminister gerichteten, den Prozeß Esterhazy betreffenden Briefe seine Eigenschaft als Mitglied des Heeresausschusses hervorgelebt hatte.

Die Verabredung des Heeresbudgets erfolgt unter größter Ruhe des Hauses. In Erwiderung auf die Erklärungen mehrerer Redner führt Kriegsminister Billot aus, er sei durchaus ein Gegner der zweijährigen Dienstzeit; die dreijährige Dienstzeit sei das notwendigste Minimum zur Heranbildung von Unteroffizieren.

Im Laufe der Sitzung der Deputiertenkammer beantragte der Deputierte Treuenau, daß dem Generalstabsminister eine größere Unabhängigkeit zugestanden werde. Der Kriegsminister Billot erwiderte: "Was soll dann aus unserer gesetzähnlichen Regierung und den Kammern werden? Diesen Weg betreten, heißt eine Diktatur vorbereiten wollen." Wird Herr Billot bang vor den Geistern, die er gerufen hat?

Die Kammer nahm trotz des Einspruchs des Kriegsministers Billot mit 234 gegen 208 Stimmen einen Antrag Bury an, nach dem eine Erinnerungsmedaille an den Krieg 1870/71 gesetzt werden soll.

Die Judenstrasse in Algier.

Algier, 26. Januar. Gestern nachmittag fanden hier wiederum Unruhen statt. Leute, die von einem Begräbnis eines Opfers der letzten Exesse zurückkehrten, griffen zwei mit Juden besetzte Tramways an. Zwei Juden wurden durch Dolchstiche schwer verletzt und verstarben noch am Abend. 40 Personen wurden zu Gefängnisstrafen von 2—5 Monaten verurteilt.

Udine. 25. Januar. In der versessenen Nacht zerstörten ehemalige Massen die Fensterscheiben verschiedener Läden und versuchten zu plündern. Einer der Besitzer derselben schockte seinen Revolver ab und verwundete einen Araber. Die Truppen stellten die Ordnung wieder her.

Niederlande.

Nachwahl. — Neues Gesetz. — Wichtige Prozesse.

vl. Rotterdam, 22. Jan. Im Wahlkreis Rotterdam IV fand eine Nachwahl statt für ein Mitglied der Zweiten Kammer.

Das Stimmverhältnis in diesem Kreis war am 15. Juni 1892: Überale 1511, Merkale 1166, Christlich-Historische 448, Sozialdemokraten 98. Jetzt ist das Resultat folgendes: Woës (lib.) 1308, Junker Van Asch von Wyk (klerikal) 948, Van Herwaarden (christ.-hist.) 232, Helsingen (soz.) 284. Die Stimmenzahl des Sozialdemokraten hat sich also fast verdreifacht. Der Kreis ist einer, wo fast keine Arbeiter wohnen, die Wähler sind. Das Gesetz über Einrichtung von Arbeitskammern tritt am 1. Februar in Kraft.

Der deutsche Konsul in Amsterdam verlangte von der holländischen Regierung die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gegen den Wirt eines Dingstangs in Amsterdam, der zwei Mädchen aus Hamburg als Sängerinnen engagiert hatte, dann aber von ihnen verlangte, daß sie sich prostituierten sollten. Als sie sich weigerten, hielt er sie zwei Tage eingeschlossen und setzte sie dann ohne ihre Toilettens auf die Straße. Die Untersuchung ist im Gange.

Zu Sachen der wegen Einbruchdiebstahl unschuldig verurteilten Gebrüder Hoogerhuis hat unser Genosse Troelstra einen läuften Schrift getan. Er klagt nämlich im Sozialdemokraten die wirklich Schuldigen an und fordert sie auf, gegen ihn wegen Verleumdung Strafantrag zu stellen. Den Hauptzetteln im Hoogerhuisprozeß zieht er des Meintedes.

Belgien.

Sturmische Kammerstürzung.

Brüssel, 26. Januar. Als gestern der sozialistische Abgeordnete Demblon, der in der letzten Sitzung der Deputiertenkammer ausgeschlossen wurde, nachmittags die große Vorhalle des Parlamentsgebäudes betrat, wurde ihm von dem Offizier, der die den Eingang bewachenden Soldaten befehlt, auf Anordnung des Kammerpräsidenten verboten, den Sitzungssaal zu betreten. Demblon fügte sich dem Befehl, indem er rief: "Es lebe die Armee!" "Es lebe die Republik!"

Mehrere sozialistische Deputierte erhoben indessen Einspruch dagegen. Die Menschenmenge, die sich inzwischen vor der Kammer angestellt hatte, drängte vorwärts und es entstand ein furchtbare Handgemenge. Die Soldaten machten sich zum Ein greifen bereit. Zwischen Sozialisten und Antisozialisten wurden Schläge und Püsse ausgetauscht und es kam zu unbeschreiblichen Szenen. Eine in der Nähe auf Posten befindliche Abteilung Karabiniers und eine Brigade Polizeiagenten schritten ein und schafften Ruhe.

Die nun folgende Sitzung war sehr erregt. Der Sozialist Deutsseaux bringt die Vorgänge bei Eröffnung der Sitzung zur Sprache; die Deputierten seien von den Truppen vergewaltigt worden, es müsse eine Untersuchung ange stellt werden, um festzustellen, von wen die Truppen ihre Befehle erhalten hätten. Es bricht ein unbeschreiblicher Einzug aus. Mehreren sozialistischen Deputierten werden Ordnungsbrüche erzeigt.

Vander Velde (soz.) schildert die Zwischenfälle und sagt, die Sozialisten seien von den Truppen herumgeschossen worden, als Demblon sich bereits entfernt hatte. Redner wirft dem Präsidenten vor, er sei ein "Mann der Gewalt." Angesichts des nun entstehenden Turms suspendiert der Präsident die Sitzung. Bei Wiederaufnahme derselben sucht der Präsident am Freitag gegen Demblon getroffene Maßregeln zu rechtfertigen. Vander Velde greift in heftiger Weise die Offiziere an und verlangt genau zu erfahren, wer den Befehl zu den Gewaltthäufigkeiten gegen die Sozialisten ertheilt habe. Turnmont (soz.) bringt eine Tagesordnung ein: Die Kammer mißbillige die vom Vortag getroffenen Maßregeln, das es nicht verstanden habe, den Mitgliedern der Kammer Achtung zu verschaffen. Diese Tagesordnung wird mit 86 gegen 29 Stimmen bei 9 Stimmenthalten abgelehnt.

Italien.

Sabot für Prot.

Rom, 25. Januar. Der Ministerrat ermächtigte den Kriegsminister und den Minister des Innern, angehört der durch die Bottierung hervorgerufenen Erregung eine Jahresklasse der Reserve einzuberufen.

Nun wird natürlich schleunigst alles ruhig und besser werden.

Bulgarien.

Prozeß Boissé.

Philippopol, 25. Januar. Der Rittmeister Boissé, der Adjutant des Fürsten Ferdinand, und der Polizeipräsident Novelic wurden wegen des Mordes der Sängerin Anna Simon zum Tode verurteilt. Der Bruder des Rittmeisters wurde freigesprochen.

Ob die bulgarische Gerechtigkeit nun auch so weit gehen wird, daß das Urteil vollstreckt wird, bleibt abzuwarten.

Afrika.

Die Engländer im Sudan.

Vagos, 25. Januar. Das neuterische Bureau meldet, daß eine englische Truppenabteilung Okula in der Landschaft Borgu besetzt habe. Der Gouverneur von Vagos, Oberst Mac Callum, ist nach dem Hinterland abgereist.

Aus der Partei.

v. Bremen, 24. Januar. Gestern tagte hier der Parteitag für den niederrheinischen Agitationsbezirk, der den Regierungsbezirk Düsseldorf umfaßt. Mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl ist man in den meisten Kreisen schon ziemlich vorgeschritten. Es sind in 11 von 12 Kreisen die Kandidaten nominiert und zwar wie folgt: Venne-Mettmann-Venscheid; C. Meißt-Wölln; Bremen-Ehlersfeld; Mönchengladbach-Hamburg; Solingen; Scheidemann-Gießen; Düsseldorf; Grimp-Ehlersfeld; Eissen; Ludwigshafen; Duisburg-Mülheim-Mülheim; Hengstbach-Köln; Mönch-Bebel; Cleve-Geldern; Bebel; Kempen; Viebahn; Mönch-Gladbach; Haberland; Bremen; Neu-Grevenbroich; Bebel.

In Krefeld war der Genosse Mollenbuhr als Kandidat in Aussicht genommen und auch schon proklamiert, jedoch lehnte Mollenbuhr auf Wunsch der Ehlersfeld-Bremener Genossen die Kandidatur ab. Somit ist Krefeld gegenwärtig ohne Kandidaten. Vereinenswert ist, daß sämtliche Kreise auf dem Parteitag vertreten waren. Ein Beweis, daß trotz der verzweif

Verein der Bauschlosser.

Unser Vereinslokal befindet sich jetzt im Coburger Hof. Donnerstag den 27. Januar General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Abtrag. Mittstif: Abänderung des § 2 und § des Statuts. 4. Allgemeines. Zahlreiches Erscheinen notwendig. D. B.

Verein Markthelfer u. verw. Ber.

Freitag den 28. Januar abends 1/2 Uhr [695]

Mitglieder-Versammlung

bei Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Manfred Wittich über: Die Schlacht unter dem Birkenbaum. 2. Mitteilungen. 3. Verschiedenes. 4. Fragen-Antworten. Zahlreichem Besuch sieht kollegialisch grüßend entgegen. D. B.

Volksverein für Plagwitz-Lindenau.

Sonnabend den 29. Januar Vortrag über: Willi Weitling, der Gründer der Arbeitervereine. Referent: Herr Konrad Hänisch. Die Mitgliedsbeiträge sind zu entnehmen. Einzelne Anträge für die Unterrichtsstunde liegen aus. Zahlreichem Besuch erwartet. Der Vorstand.

Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse der Tischlerhilfen von Leipzig und Umg.

Sonnabend den 29. Januar abends 1/2 Uhr Generalversammlung im Bürgergarten, Brüderstraße 11. Tagesordnung: 1. Geschäftsbuchbericht und dessen Genehmigung. 2. Eragnungswahl. 3. Kassenangehörenden. Zahlreiches Erscheinen gewünscht. [688] Der Vorstand.

Bayerische Bierbrauerei

V. Lapp
Leipzig - Lindenau.

Die Verschrotung meines

Bockbieres

beginnt am Donnerstag, 27. Januar 1898.



Mk. 45 kostet die beste hochmögige Nähmaschine. Führt Betrieb, mit Kasten u. allen Neuerungen ausgestattet, mit geräuschlosem Gang, aus bestem Material. Fünf Jahre Garantie. Kl. Ringschiff m. Kasten Mk. 70. Kl. Ringschiff o. Kasten Mk. 65. Größte Ringschiff Mk. 85. Preise gratis.

Würzburger Nähmaschinen-Fabrik
W. Worch, Nürnberg.
Filiale: Leipzig, Nürnberger Str. 35.

Freitag i. W. am 4. Dezember 1898.

Herrn W. Worch, Nähmaschinenfabrik, Nürnberg!
Im Besitz der besten Maschine, mit der ich sehr zufrieden bin, wurde ich nun erucht von einer Familie, welche dieselbe gesehen hat, eine solche Maschine für meine Rechnung zu bestellen. Ich erucht daher, dieselbe so bald als möglich zu schicken und mir die Abhandlung derselben anzugeben. 8811] Achtungsvoll J. B. Gutsch, Baumeister.

Feste Preise.

Berufswahl.

Leicht gemacht ist's nicht im Leben, Durch dasselbe sich zu schwingen. Lernen etwas, danach streben. Leben muss vor allen Dingen. — Drum zur Zeit manch' Vater qualtet Der Gedanke, was dem Sohne Mögliche als Beruf erwähnet, Dass auch der Verdienst sich lohne. Soll der Junge präsentieren Vor dem künftigen Meister dann sich, Selbstverständlichkeit muss ihm gelingen Goldner 24.

Jetzt im Inventur-Ausverkauf:

Herren-Paletots, früher M. 10 14 18 20 25 28 35 40

Herren-Pelerinen-Mäntel, früher M. 15 18 28 28 35 38

Herren-Anzüge, früher M. 8 11 14 18 20 28 35 40 48

Herren-Loden-Joppen, jetzt M. 5 6 6 7 9 10

Burschen-Paletots, -Mäntel u. Anzüge, früher M. 9 11 13

Knaben-Anzüge u. Paletots, jetzt M. 2 2 3 3 3 4 4

Herren-Hosen, jetzt M. 2 2 3 3 4 5 6 7 8 10

Herren-Schlafröcke, jetzt M. 8 9 10 13 14 16 18

Größte, billigste und reichste Ginkaufsquelle.

Georg Simon zur [685]

„Goldnen 24“

1. Etage, 24 Grimmaische Straße 24, 1. Etage.

Frack-Verleih-Institut.

Berantwortlicher Redakteur: Richard Illge in Leipzig.

Dorotheenbad, Dorotheenstrasse Nr. 9.

Alle Bäder b. Naturheilversfahren, als Dampfbäder, Packungen u. s. w. Gute Massage. Größte Sauberkeit. An der Ortskrankenkasse zugelassen. H. Geissler u. Frau, früher in der Zimmermannschen Naturheilanstalt.

Südvorstädtische Möbelhallen

Karl Sänger, Südstrasse 9

Größte Auswahl. — Solide Arbeit. — Billige Preise.

Lieferung unter Garantie und transportfrei. [779]

Feinste Süßrahm-Margarine

liefer in stets frischer Ware [2278]

Holländischer Verein für Margarine-Fabrikation

Wahnschaff & Co., Cleve a. Niederrhein.

Margarine-Fabriken: Cleve, Rotterdam, Brüssel und Port.

Meiereien: Cleve, Hees und Delfshaven.

Filiale Leipzig: Mittelstrasse 18a. Fernspr. 2952, I.

Eigene Special-Doppelwaggond fortwährend interessant.

R. Küchling, Bau- u. Nutzholt-Handlung

Leipzig-Plagwitz, Elisabethallee Nr. 65
empfiehlt sein großes Lager von Bauholzern, Brettern, Zatten, Stoffen und Stangen u. zu billigen Preisen. [10291]

Photograph. Atelier Bruno Riedel

Nr. 9 Rosenthalg. Nr. 9
Nicht verlaufen!

Mk. 4.50

Von 10 Mk. an
liefer 12 St. Visit- u. 1 St. Kab.-Bild
Vergrößerung, Kreidemanier n. j. Bilder

10 Mk. an
Gruppen-Bild & Bild v. 2 Mk. an,
für alle nur allerbeste Ausführungen garantiiert

Morgen Donnerstag

Schlachtfest.

A. Heinze, Volkmarstdorf,
Torquater Straße 7. [7183]
Filiale der Leipziger Volkszeitung.

Richard Müller

Thonberg, Reichenhainer Str. 51
Markthalle, Stand 75
empfiehlt täglich frischgeschossene

größte schlesische Hasen
gestreift à Stück 3 Mk.

A. M. Herlinge beliebte [694]
Karamellen

zu haben bei Herrn C. G. Frauendorf,
Bäckerei, L.-Anger, Weißenburgstraße 5.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt [2196]
E. Krieble, 2. Plagwitz

Weissenfeller Str. 61, Edt. Mühlenstr.
NB. Abonnement auf die Volkszeitung
werden jederzeit entgegen genommen.

Käufe und Verkäufe.

Möbel

Spiegel- und Polsterwaren in Auswahl billig.
G. H. Keller

L.-Thonberg, Reichenhainer Straße 49.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren

läuft man föll und billig bei Edward
Walther, Lindenau, Merckl. Str. 49.

Für dauerhafte Möbel verkaufst

Schade, Lindenau, Marienstr. 28.

Dauerhafte Bettstellen mit guten

Matratzen (alte Arbeit) 24 Mk. [494]

Dresdener Str. 23, Seitengeb. I. L. Lopez.

3 Geb. Betten mit böhm. Federn,
10.50, 13, 18 Mk. Verl. Str. 10, v.

Geb. Bett mit böhm. Federn,
10.50, 13, 18 Mk. Verl. Str. 10, v.

Generalvertreter: [8030]

Karl Glesecke, 2. Plagwitz.

Nähmaschinen

Fahrräder und Wringmaschinen

unübertrafen in Konstruktion,

bestem Material und labelloser

Arbeit. Billigte

Preise. 5 Jahre

sachlich Garantie.

Prämiert: Paris, London, Berlin.

Emil Seelig, A.-G., Heilbronn.

Generalvertreter: [8030]

Karl Frenzel, Mechaniker

Leipzig-Nienstadt, Eisenbahnstr. 31.

Große Reparatur-Werkstatt für alle

Fabrikate. [8027]

Lager sämtlicher Zubehörteile.

Unterhalt und Verband jederzeit kostensfrei.

Günstige Zahlungsbedingungen.

Gr. Fleischergasse 21

und Kochstrasse 14

föll

100 Stück Breitett

ab Lager 40 Pf.

frei Haus 45 Pf.

Gut u. billig

Naethers Reform-Kinderwagen Mk. 14.—

Puppenwagen m. Wollgardinen Mk. 150

Reisekörbe Mk. 3.—

Verstellbar. Kinderstühle Mk. 4.80

Kurprinzessin 24, Ecke Windmühlenstr.

Robert Barth, Matratzen 2.50,

Sofas v. 5.00 an

bei Landel, Bindenau, Hermannstr. 16.

Besch. Möbel sind billig zu verkaufen. Al. Fleischergasse 25, I.

Schreibsetzterei billig zu verkaufen.

Diehlstraße 11, part.

1. Fleidererf., Spiegelgränke, Küchen-

schrank bill. zu verl. Küchenstr. 42, III.

Billig! Billig!

25 Bettstellen

mit Matratzen

sind eingeln mit 5 Mk. Abzahlung

und wöchentlich 1 Mark Ab-

zahlung abzugeben.

S. Osswald

Königsplatz 7.

Besch. Möbel sind billig zu verkaufen.

Al. Fleischergasse 25, I.

Schreibsetzterei billig zu verkaufen.

Diehlstraße 11, part.

1. Fleidererf., Spiegelgränke, Küchen-

schrank bill. zu verl. Küchenstr. 42, III.

Bindenau, Windmühlenstr. 16.

Besch. Möbel sind billig zu verkaufen.

Al. Fleischergasse 25, I.

Schreibsetzterei billig zu verkaufen.

Diehlstraße

Reichstag.

25. Sitzung. Dienstag, den 25. Januar.

Am Bundesstaatsliche: Graf Posadowsky, Nieverding.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 2^{1/4} Uhr.

Die zweite Staatsberatung wird beim Reichsrat des Innern fortgesetzt. Die Diskussion über den Titel "Börsenausschuss" der Reichskommissariats dauert fort.

Abg. Dr. Barth (freil. Bp.): Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts über die Auskündigung der Feenpalastverhandlung wird, sie mag ausfallen wie sie will, an der tatsächlichen Entwicklung nichts ändern; denn die Kaufleute werden auf keinen Fall in den Feenpalast zurückkehren. Die Tendenz der kapitalistischen Konzentration im Bankwesen ist durch das Börsengesetz außerordentlich verstärkt worden. Gerade die weniger kapitalistischen jungen aufstrebenden Elemente der Kaufmannschaft wurden durch die Befestigung des Terminhandels auf schwierig geschädigt — eine merkwürdige Ironie, wenn man daran denkt, daß diese Gefehlgebung von denselben Herren ausgeht, die den Mittelstand reiten wollen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hahn (willkons.): Ich gebe zu, daß einige weniger kapitalistische Elemente durch das Gesetz schwer geschädigt sind, aber das kommt nicht in Betracht gegenüber den Vorteilen, die die Landwirtschaft daraus gewonnen hat. Vor allem ist die Landwirtschaft jetzt unabhängig geworden und die Preisbildung ist ruhiger und gesunder. Wir wünschen, daß die Börsäze für Getreide der jeweiligen Lage der Landwirtschaft möglichst angepaßt werden. An der geregelten Preisbildung, die wir wünschen, haben alle Klassen der Bevölkerung ein gleichmäßiges Interesse. Der Handelsminister soll sich endlich darüber entscheiden, ob der Frühmarkt als Markt oder als Börse auszufassen ist. Der Spekulation der Zwischenhändler muß ein Ende gemacht werden. Die jetzigen Getreidepreisspekulationen sind jedenfalls nicht schlechter, als die früheren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.): Die Ausführungen Barths haben meine Einwendungen nicht entkräftet. Die Herren links hätten ja mit ihrem angeblich größeren Sachkenntnis Verbesserungen am Börsengesetz vorstellen können. Aber Barth hat nicht einmal die Aufhebung des Börsenregisters in der Kommission beantragt. Einem Mittelstand von Spekulanten und Zwischenhändlern wollen wir freilich nicht schaden. Wenn sie verschwinden würden, wäre es ein von uns begrüßter Erfolg des Börsengesetzes. (Beifall rechts.)

Abg. Hirschbeck (frei. Bp.): Die Herren von der Rechten vertreten nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihr spezielles Klasseninteresse. Was Herr Paasche von der Spekulation der Zwischenhändler gesagt hat, ist stark übertrieben, ebenso die Behauptung des Grafen Arnim, daß die Schwankungen der Getreidepreise jetzt nicht mehr vorhanden seien; er betrachte einmal die Preise für Roggen und Weizen in diesem Jahre. Und daß die Schädigung: daß jetzt der wahre Preis des Getreides überhaupt nicht mehr festgestellt werden kann, daß wir zu Zuständen gelangt sind, über die der moderne Weltmarkt doch längst hinaus war. Wenn man von der Unbotmäßigkeit der Kaufleute spricht, ja, sollten diese es sich etwa gefallen lassen, daß die Herren, von denen sie im ganzen Lande beschimpft und verleumdet worden waren, eine Oberaussicht über ihre Geschäftsführung erhalten! Es wird Ihnen (nach rechts) nicht gelingen, die Verantwortung für dieses Gesetz von sich abzuwälzen. Die Wähler werden schon merken, was sie an dem Gesetz haben, und wenn sie es verdauen. (Bravos links.)

Abg. Graf Arnim (Reichsp.): Wir haben eine erhebliche Preissteigerung von dem Gesetz gar nicht zu erwarten, so lange das Ausland nicht mit entsprechenden Geschenken vorgeht. Aber während wir wenigstens eine annähernde Stetigkeit haben, weisen die Preistabellen der anderen Länder ganz außerordentliche Sprünge auf.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte, an der sich auch die Abg. Schwarze (Centr.) und Hilpert (Bauernbund) beteiligen, wird die Diskussion geschlossen und der Titel "Börsenausschuss" bewilligt.

Eine Reihe von Kapiteln wird darauf ohne Debatte bewilligt.

Ein Kapitel "Statistisches Amt" spricht.

Abg. Werner (Reform.): Für die Ausgleichung der Härten, die durch die Einführung des Alterstufensystems für die Assistenten des Statistischen Amtes entstanden sind und erwähnt eine Petition dieser Beamten.

Staatssekretär Graf Posadowsky verspricht eine Untersuchung darüber, bemerkt aber, daß eine allgemeine Regelung der Lage dieser Beamten nur im Zusammenhang mit der Regelung der Verhältnisse aller dieser Beamten vorgenommen werden kann.

Die Petition wird der Budgetkommission zur Berücksichtigung überwiesen. Das Kapitel bewilligt.

Zum Kapitel "Normalisierungskommission bringt

Abg. Müller-Sagan (frei. Bp.) Mängel in Schlesien zur Sprache.

Staatssekretär Graf Posadowsky verspricht eine Untersuchung.

Das Kapitel wird bewilligt.

Zum Kapitel: Gesundheitsamt begründet

Abg. Müller-Sagan (frei. Bp.) den Antrag, zur Errichtung einer biologischen Versuchsanstalt für wissenschaftliche Erforschung wirtschaftlich nutzbarer Lebensbeziehungen von Pflanzen und Tieren 80000 Mk. in den nächsten Etat einzustellen. Zur Begründung weist er besonders auf den Nutzen hin, den die Landwirtschaft daraus ziehen könnte.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Reichsregierung sieht dem Antrag sympathisch gegenüber. Eine solche Versuchsanstalt ist aber nicht ohne weiteres aus dem Boden zu stampfen. Wir beabsichtigen, eine Kommission von Sachverständigen zu berufen. Die Sache wird sich aber erst im Etat 1898/1900 verwirklichen lassen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Die Frage ist äußerst wichtig. 20 Prozent unseres Weizenernte geht durchrost verloren. Wir müssen daher von der Regierung ein schnelleres Tempo verlangen.

Staatssekretär Graf Posadowsky hält doch erst die Berufung einer Kommission für notwendig. Wir haben bereits eine Liste bevorragender Gelehrter für diese zusammengestellt. Ich werde die Sache fördern, soweit es möglich ist.

Abg. Burm (Soz.) spricht sich gegen die Einberufung der Konferenz aus, die nur dazu beitragen würde, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Die Erforschung der Pflanzenkrankheiten ist durchaus notwendig. Auch die Frage der Düngung des Bodens mit Stickstoff ist bei dieser Gelegenheit mit zu behandeln. Die Versuchsanstalten klagen darüber, daß sie für diese Sache, die unsere ganze Landwirtschaft unter Umständen umgestalten kann, keine Mittel haben. Diese wichtige Kultursache wird ganz nebenbei behandelt. (Sehr richtig!) Meine Freunde und ich werden für den Antrag Müller stimmen.

Abg. Müller-Sagan (frei. Bp.) bittet nochmals um Annahme seines Antrages. Wie das Reichslandwirtschaftsamt sich auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung große Verdienste erworben hat, so wird es auch auf diesem Gebiete erfolgreich wirken können.

Hier wird die Debatte abgebrochen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr.

Tagesordnung: Anträge Plötz und Paasche auf Besteuerung des Sacharins. Antrag Auer betr. das Vereins- und Versammlungsrecht.

Schluss 5^{1/4} Uhr.

ooo. Die Militärstrafgerichtskommission hält am 25. Januar ihre 4. Sitzung ab. Die Centrumabgeordneten beantragen hinter § 47 (Gesammbesetzung der Kriegsgerichte) einzuhalten: „Die zur Bildung des Kriegsgerichts erforderlichen Offiziere werden, in den Fällen des § 47 (1—5), vom Gerichtsherrn alljährlich vor dem Beginn des Geschäftsjahres für die Dauer desselben als ständige Richter bestellt. Für die gleiche Dauer sind ständige Stellvertreter zu bezeichnen.“

Die Vertreter der Militärverwaltung sprachen sich gegen diese Fassung aus. Die Nationalliberalen beantragen daher folgenden Antrag: „Die Berufung erfolgt nach einer voraus festzustellenden Reihenfolge, von der in Ausnahmefällen Umgang genommen werden darf.“ Dieser Antrag wurde unter Ablehnung des Centrumsantrages angenommen.

Bei § 51 beantragen die Sozialdemokraten, daß, falls eine Civilperson vor dem Kriegsgericht zur Aburteilung gebracht, als Richter außer 3 Kriegsgerichtsräten 1 Major und 1 Hauptmann zu berufen sei. Der Entwurf sieht die Zusammensetzung in der Weise vor, daß nur 1 Kriegsgerichtsrat, 1 Major, 1 Hauptmann und 2 Premierleutnants urteilen sollen. Der sozialdemokratische Antrag wird jedoch abgelehnt.

Bei § 60 (Zusammenfassung der Oberkriegsgerichte) beantragen die Sozialdemokraten: die Oberkriegsgerichte bestehen aus 7 Richtern, und zwar aus: 4 Oberkriegsgerichtsräten und 3 Offizieren. Der Entwurf bestimmt zwei Oberkriegsgerichtsräte und 5 Offiziere. Der sozialdemokratische Antrag findet keine Mehrheit.

Bei § 78 (Zusammensetzung der Senate des Reichsmilitärgerichts) beantragen die Sozialdemokraten zu sagen: „Die Senate beschließen und entscheiden in der Beziehung von 2 militärischen und 5 juristischen Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.“ Das Centrum beantragt: 3 militärische und 4 juristische Mitglieder. Dieser Antrag wird auch nach Ablehnung des sozialdemokratischen angenommen. Weiter wird angenommen, daß bei Plenarsitzungen des Reichsmilitärgerichts die Zahl der stimmberechtigten juristischen Mitglieder um eins größer sein soll, als das der militärischen. Ferner wird angesetzt, daß bei den Abstimmungen, die beim Reichsmilitärgericht erfolgen, der im Dienstalter oder im Dienstränge Jüngere vor dem Älteren zu stimmen habe.

Bei § 91 entspinnt sich über die Anträge der Sozialdemokraten wie die des Centrums eine lebhafte Debatte. Der § 91 lautet: „Die Oberkriegsgerichtsräte und die Kriegsgerichtsräte haben, soweit sie nicht als Richter bei den erkeimenden Gerichten mitwirken, den Anordnungen des Gerichtsherrn Folge zu leisten. Die im Laufe des Verfahrens ergehenden Entscheidungen und Verfügungen des Gerichtsherrn sind, soweit das Gesetz nicht ein anderes bestimmt, außer von diesem auch von einem richterlichen Militärjustizbeamten zu unterzeichnen. Letzterer übernimmt dadurch die Mitverantwortlichkeit für die Gesetzmäßigkeit. Hält derselbe eine An-

ordnung oder Verfügung mit den Geschen oder den sonst maßgebenden Vorschriften nicht vereinbar, so hat er dagegen Vorstellung zu erheben. Bleibt dies erfolglos, so hat er die Weisung des Gerichtsherrn zu entsprechen, den Gang jedoch offenkundig zu machen. Die Alten sind demnächst von dem Gerichtsherrn dem Reichsmilitärgericht vorzulegen.“ Ein Antrag der Sozialdemokraten, den Dertel begründet, will die Oberkriegs- und Kriegsgerichtsräte von den Aenderungen des Gerichtsherrn unabhängig machen und im Falle des Widerpruches eines Militärjustizbeamten gegen eine Verfügung eines Gerichtsherrn den Fall durch den Gerichtsherrn und zwei Kriegsgerichtsräten entscheiden lassen. Dieser Antrag wird abgelehnt, dagegen ein Antrag Gröber angenommen, der dem zweiten Absatz des Paragraphen in seinem zweiten Teile folgende Fassung gibt: Hält der Militärjustizbeamte eine Anordnung oder Verfügung des Gerichtsherrn mit dem Gesetz oder den sonst maßgebenden Vorschriften nicht vereinbar, so hat er dagegen Vorstellung zu erheben. Bleibt diese erfolglos, so hat er die Weisung des Gerichtsherrn, der abschließend allein die Verantwortung trägt, zu entsprechen, den Gang jedoch offenkundig zu machen. Die Alten sind unverzüglich von dem Gerichtsherrn dem Reichsmilitärgericht zur rechtlichen Beurteilung der Sache vorzulegen. Auf Grund dieser Beurteilung ist die Entscheidung zu treffen.

Nach weiteren, aber unwesentlichen Verhandlungen wurden die §§ 92 bis mit 104 angenommen. Nur hatte das Centrum beantragt, hinter dem § 104 einen neuen Absatz einzuschließen, der die Frage des obersten Militärgerichtshofes in Bayern regeln sollte. Der preußische Kriegsminister, ebenso der bayerische Bundesbevollmächtigte ersuchen die Angelegenheit nicht jetzt, sondern erst bei der Beratung des Einführungsgesetzes zu regeln. Man sei sich im Bundesrat noch nicht einig. Der bayerische Bevollmächtigte bemerkt, daß die bayerische Regierung an einem obersten Gerichtshof für Bayern festhalte, aber dem Reich die Kompetenz über die Formen dieses Gerichtshofes zugesetze. Abg. Dr. Lieber ist nunmehr des Centrums mit der Vertragung der Sache einverstanden, wenn die erste Lesung des Einführungsgesetzes sich der ersten Lesung des Militärstrafgerichtsordnung anschließe. Abg. Dertel erklärt, daß die Sozialdemokraten heute schon dringend Aufklärung gewünscht hätten, aber nach Lage der Sache für heute darauf verzichten, und der Vertragung der Angelegenheit unter den von Dr. Lieber angeschilderten Voraussetzungen zustimmen. Damit ist der erste Teil des Entwurfs: Gerichtsverfassung, erledigt und die Kommission geht zum zweiten Teil: Verfahren, über. Wir werden noch über die beschlossenen, jedoch nicht wesentlichen Aenderungen berichten.

Die sechste Kommission des Reichstags beschäftigte sich in der Sitzung vom 26. Januar mit dem in der Novelle zur Zivilprozeßordnung von der Regierung vorgeschlagenen "Vortermin". Nach langer Debatte lehnte sie gegen 5 Stimmen den Vortermin ab. Dagegen nahm die Kommission Anträge eines Mitgliedes an, die die schnellere Erledigung der Verhandlungen zu fördern bestimmt sind. — Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Dem Reichstage ist ein Nachtrag zu der am 15. Januar 1896 mitgeteilten Zusammenstellung ausländischer Gesetze, betreffend die bedingte Verurteilung und amüsliche Mittelungen über die Anwendung dieser Gesetze zugegangen.

Aus dem Landtage.

r. Dresden, 25. Januar. Die Zweite Kammer des Landtages verhandelt heute zunächst in der Schlusserörterung über einen Gesetzentwurf der Regierung, den Erfolg von Wildschäden und die Rechtsfähigkeit der Jagdgemeinschaften betreffend. Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs sind in § 6, nach dem Streitfragen über den Erfolg von Wildschäden unter Ausschluß des Rechtsweges von den betreffenden Amtshauptmannschaften entschieden werden sollen, in § 7, nach dem ein Anspruch auf Schadensersatz von einer dreitägigen Ammelfrist abhängig ist, und in § 12, der den Rechtszug gegen die Entscheidung der Amtshauptmannschaft bei der Kreishauptmannschaft aufzählt, enthalten. Der § 8 rief eine längere Diskussion hervor, in der der Abg. Dr. Schill-Letzig wiederholte, daß er sich gegen die Entscheidung über Schadensersatzansprüche der Amtsgerichte zu übertragen. Demgegenüber traten die Abg. Opitz und Dr. Schilmorgen, sowie Staatsminister v. Mehlitz unter näherer Begründung des Standpunktes der Regierung für die Regierungsvorlage ein. Die Abg. Dr. Streit und Hartwig treten für ein größeres Kompetenzrecht der Städte und der großen Stadtgemeinden in dieser Frage ein. Das ganze Gesetz wurde schließlich mit einigen unwesentlichen Änderungen — mit Ausnahme des § 12, der abgelehnt wurde — den Anträgen der Gelehrtenabteilung entsprechen, angenommen. Dann wurden noch einige Petitionen erledigt, indem man sie auf sich beruhnen ließ: unter anderen eine solche von Methodisten aus Wildenau, die sich gegen die Heranziehung zu den Übungen der Pflichtfeuerwehr an Sonntagen sträuben.

einen weinerlich-sentimentalen Kerl, wie grobartig zeigt uns der wirkliche Dichter, wie der Mann, durch das auf ihn heraufstürmende Unglück und den Hohn der Genossen zum äußersten gebracht, den Schmiedehammer, den er bei sich trägt, ergreift, und seinen Gegner niederschlägt. Der Nachköhler aber läßt, nicht frei nach Coppée, sondern sehr unfrei nach Mascagni — es ist kaum zu glauben — den alten Schmied den jüngeren Kollegen, um seine „verlegte Ehre zu rächen“, auf Schmiedehammer vorber, die „Waffen“ werden sogar verglichen. Beide Gegner begeben sich hinaus und es steht nur noch, daß einer hereingestürzt kommt mit dem Rufe: Turrida ist tot! Aber statt dessen kommt Matthieu (Schelpner), der Mörder, selbst herein und spricht: Gerächt hab' ich den bösen Spott! Colbert ist tot ... er ist erstickt ... und er geht und stellt sich dem Gericht, nachdem er für seine Eulein noch vorher eine Kollekte, eine Art von Zellerammlung veranstaltet hat. Diese Kontrahage (überraschende Herausforderung) wirkt geradezu lächerlich, ebenso der ganze Schluss. Indem scheint Herr Leon überdies eine rührende Unkenntnis der Arbeiter und alter mit einem Streit zu zusammenhängenden Verhältnissen zu unterzeichnen. Letzterer übernimmt dadurch die Gesetzmäßigkeit. Hält derselbe eine An-

(Colbert) hatte sich eine brandrote Bösewichtsmaske aufgesetzt, sprang auf den Tisch, um seine Reden ans Volk zu halten und benahm sich Christinen gegenüber wie ein großstädtischer Klub (Wüstling). Frau Osborne und Herr Nelbel verkörpern das Wirtspaar noch am besten.

Die Dekoration der französischen Arbeiterschänke war gut und charakteristisch gestellt; im übrigen aber machte sich die Regie kaum bemerkbar. Von vernünftiger Gruppierung der Volksmaiden war keine Rede. Herr Schelpner und Fr. Doenges sangen direkt ins Publikum hinein, während die Arbeiter, zu denen sie sprachen, in ihrem Rücken standen. Wie streitende Arbeiter aussiehen und wie sie sich benehmen, das hätte Herr Oberregisseur Goldberg unglast in der Aufführung des Bartel Turasen durch die Literarische Gesellschaft von Dr. Karl Heine lernen können. Das unware sentimentale und dabei schwülstig-langweilige Werk, das höchstens auf die Thränenbrüder rührseliger älterer Damen wirken kann, machte keinen nachhaltigen Eindruck auf Publikum. Unter den Applaus, der wohl vorwiegend der trefflichen Darstellung des Matthieu durch Herrn Schelpner galt, mischten sich Bischläute, die aber nicht auf unseren trefflichen Baryton oder die Darseller, sondern auf Tertwertiger und Komponist der Oper gemünzt waren.

Böllners zweitelige komische Oper: Das hölzerne Schwert macht einen weit günstigeren Eindruck und fand auch mehr Anklang im Publikum. Wir haben es auch hier seineswegs mit einem Meisterwerk zu thun, aber die Oper tritt viel weniger anspruchsvoll auf als das vorige Werk Beers, sie glebt sich einfacher und liebenswürdiger, und so erzielt Heinrich Boellner das von ihm beabsichtigten Wirkungen viel besser, als sein in falschem Pathos einherwandelnder Kollege. Das hölzerne Schwert zeigt gegen die Oper Sedan desselben Komponisten, die früher hier aufgeführt wurde, insofern einen Fortschritt, als der Komponist, der zugleich auch Textdichter ist, hier seinen Stoff einheitlicher zu gestalten vermochte; zudem scheint er für das Komische, ja vielleicht sogar für das Groteske mehr natürliche Beanlagung mitzubringen als für den pathetischen Stil. Die Handlung der Oper ist auf eine hübsche Anekdote aufgebaut, deren Pointe (Spitze) Boellner geschickt zum Schluss aufgespart und herausgehoben hat. Der volkstümliche König Heinrich IV. von Frankreich (Herr Schill) mischt sich, als gemeiner Kutscher verkleidet, unter seine im Wirtshaus zum Roten Ochsen zechenden Verbragoner, um ihre Thun und Treiben aus eigener Aufschauung kennen zu lernen. Bei dieser Gelegenheit vertritt einer dieser Krieger, ein gewisser Jean Gautier (Werke

Kleine Chronik.

Leipzig, 26. Januar.

Neues Theater. (Der Streik der Schmiede. Oper in 1 Akt, frei nach F. Coppées gleichnamigem Gedicht von Viktor Leon, Musik von Max Jolech Beer. — Das hölzerne Schwert. Komische Oper in 2 Akten von Heinrich Boellner. — Spanisches Ballett-Divertissement, arrangiert von Ballettmeister J. Gollmelt.) Zwei neue Opern und ein Ballett an einem Abend. Das ist ein wenig viel des Guten, nachdem wir so lange keine Opernpremiere mehr gehabt haben. Die Kritik muß sich über diese Fülle der Ereignisse etwas kurz fassen.

Gestern also zum Streik der Schmiede von Max Joseph Beer. Viele Theaterbesucher werden sich noch der Zeit erinnern, als der inzwischen verstorbene Schauspieler Doer den bekannten Gedicht François Coppées auf unserer Bühne als Soloflöte vorzutragen pflegte und stets die größte Wirkung damit erzielte: denn das Gedicht, obgleich es einer einzigen Person, dem des Totschlags angestellten Schmied, der seine That den Mächtigen erzählte, in den Mund gelegt ist, stroft von dramatischem Leben, obgleich die eigentliche Handlung — wie beim Berbrochenen Krug von Kleist — in der Vergangenheit liegt. Wer nun von Beers Oper eine ähnliche Wirkung erwarten würde, der wäre sehr enttäuscht. Der Librettist, Viktor Leon, hat, um aus der Soloflöte eine Oper zu machen, die in der Erzählung des Schmieds zusammenhängende Handlung wieder auseinanderlegt und auf einzelne Personen verteilt. Während die Erzählung des Totschlags bei Coppée ungemein dramatisch wirkt, macht die Vorführung der Handlung selbst gar keinen, ja teilweise einen an unfreundliche Komik streifenden Eindruck. Der Grund liegt im Ungeheuer des Textdichters und des Komponisten, und dieses Ungeheuer beider entspringt aus gebankten Nachahmungen. Vorbild zu der Oper scheinen die italienischen Veristen und besonders die Cavalleria rusticana gewesen zu sein. Ist es den Italienern gelungen, aus realistischen Volksscenen eine Oper zu schaffen, warum sollte das gleiche nicht auch uns gelingen? Ein ähnlich leidenschaftlich und volkstümlicher Stoff schien sich

Hochschulvorträge für jedermann.

Am Montag sprach Professor Dr. Steinborff über das Kunstgewerbe im alten Ägypten und erläuterte seinen hochinteressanten Vortrag durch zahlreiche Lichtbilder.

Die altägyptische Kultur umfasst einen ungemein langen Zeitraum — so begann der Nebner — von den ältesten Zeiten, die noch den auf uns gekommenen Denkmälern bis in das vierte, ja bis in das fünfte Jahrtausend vor Christi Geburt hinauf reichen, erstreckt sie sich in ununterbrochener Kette bis zu der Zeit, wo die Heere des Alexander dem Großen gegründeten makedonisch-hellenistischen Weltreiches und später die Legionen der römischen Republik das Mittland in Besitz nahmen. Von dieser Kultur erzählen uns zahlreiche Tempel, Pyramiden, Gräber, Paläste, Inschriften, Statuen und Götterbilder; ja sogar der Schutt der Wohnhäuser und die Kehrichthaufen der Städte haben uns uralte Kulturgegenstände überliefert. Das trockne, so ständig regenlose Klima Ägyptens, der Wüstenland, der Gebäude und Gegenstände teilweise in sich vergraben, sind schuld daran, dass die Gegenstände, die der Spaten dem ägyptischen Erdbothen entdeckt, wunderbar erhalten sind und meistens noch in ihren ursprünglichen frischen Farben erglänzen; der berühmte „Zahn der Zeit“ hat ihnen also nicht viel anhaben können. Abgesehen von den kolossalen Denkmälern, die uns die alten Ägypter hinterlassen haben, finden sich massenhaft allerhand Gebrauchsgegenstände, die sich nicht nur als aussichtsprechend, sondern auch als schön gearbeitet erwiesen und so auf eine hohe Blüte des Handwerkes und des Kunsthandwerkes im Pharaonenlande deuten. Die tatsächlich auf uns gekommenen Gegenstände, von denen einige das respektable Alter von sechs bis siebentausend Jahren aufweisen, werden durch die zahllosen naturgetreuen, farbig ausgeführten Abbildungen auf Denkmälern, Tempelwänden, in Grabkammern etc. ergänzt, so dass wir das altägyptische Kunstgewerbe völlig überblicken können.

Bereitet durch die hieratischen (heiligen, Kultzwecken dienenden) Bildwerke Ägyptens, durch Götter- und Pharaonenstatuen, stellt man sich die ägyptische Kunst meistens als stoff und unschön vor; einen ganz anderen Begriff von den Künstlern des Mittelalters und ihrem Können werden wir erhalten, wenn wir nun die dem täglichen Leben dienenden Gebrauchsgegenstände, die Werke der Kleinmalerei betrachten, die vielfach überraschend graciöse und anmutige Formen zeigen.

Eines der ältesten Gewerbe ist die Töpferei. Der vorgängliche Thon Ägyptens ist schon in uralter Zeit zu Gefäßen bearbeitet worden, zuerst frei mit der Hand, dann auf der Töpferscheibe, die schon im zweiten Jahrtausend v. Chr. vorkommt; denn der Sage nach formte schon der Gott Schu (der Sohn der Griechen), der Sohn des Sonnengottes Ammon Ra, der bald mit dem Mars, bald mit dem Herkules verglichen und später als Agathodaimon (Guter Geist) aufgefasst wurde, die Welt und die Geschöpfe an der Töpferscheibe. Wir finden Töpfe aller Arten. Die durchlässigen Tonkrüge, in denen noch heute im Orient das Wasser steht erhalten wird, Flaschen, Teller, Schalen, Töpfe, Salbenbüchsen, Lampen etc. aus Thon gebildet, zum Teil schön glasiert und mit Ornamenten versehen. Die Gefäße zeigen manchmal die Form eines Fisches oder erinnern an die menschliche Gestalt, ähnlich wie viele unserer heutigen Keramiken. Die Krüge sind unten abgerundet, so dass sie nicht direkt auf den Erdbothen gestellt werden können, sondern auf ein hölzernes Untergestell oder auf einen thonernen Fuß gestellt werden müssen. Die Gefäße sind oft mit zierlichen Blumenornamenten geschmückt. Doch erreichte die Töpferkunst in Ägypten, trotz des vorgänglichen Materials, keinen so hohen Grad der Kunstsicherheit wie beispielsweise im alten Griechenland.

Wertvoller sind die aus Stein (Alabaster, Basalt, Trachit etc.) hergestellten Gefäße, die zuerst von außen behauen und geglättet und dann von innen mit eigenartigen Bohrinstrumenten mühsam ausgebohrt wurden. Sie sind ungemein sorgfältig gearbeitet.

Aus edleren Steinarten (Ametyst, Lapislazuli, Malachit etc.) wurden die Schnupferlen und Amulette gearbeitet, die bei den alten Ägyptern vielfach verwandt wurden. Das wichtigste und bekannteste dieser Amulette ist der Scarabäus, kleine aus Thon, Fayence oder allerlei Steinarten hergestellte Siegelsteine, die die Form des Scarabäus oder Mistläters haben, der den alten Ägyptern an folge seiner Eigenschaft, seine Eier in kleine Erdkäppchen einzurollten, als Verkörperung des Sonnengottes für heilig galt. Der Rücken des Käfers wurde naturgetreu nachgebildet, der Bauch aber als glatte Fläche behandelt, in die dann Wünsche, Namen, Zauberformeln u. dergl. eingraviert wurden. Diese Scarabäen, die sich zu Tausenden finden, dienen auch ähnlichen Zwecken, wie unsere Medaillen, und erzählen dann von Helden, königlichen Hochzeiten, Siegen etc. Um das Jahr 1500 v. Chr. kommen dann auch schöne, meist dunklesgrün oder blau glasierte Fayencegefässe in den Handel. Aus glasiertem Thon und aus Fayence wurden auch jene Täfelchen hergestellt, die man dem Verstorbenen mit ins Grab gab, und die ihm im jenseitigen Leben, das man sich ähnlich wie das diesseitige vorstellte, als Sklaven bei der Arbeit helfen sollten. Seit uralter Zeit — schon aus dem Jahre 2500 v. Chr. stammt eine Abbildung zweier Glasbläser — verstanden die Ägypter schöne funkelnd gesärbte und mit zierlichen Ornamenten verfeinerte Glasgefäße herzustellen. Größere Gläser (Wasen, Flaschen, Salben- und Schnupferlen etc. — keine Trinkgläser, diese sind den alten Ägyptern unbekannt) finden wir seit 1500 v. Chr.

Ein anderes wichtiges Gewerbe ist die Tischlerei und Holzbildscherei. Ägypten war im Altertum gerade so wie heutzutage ein baumarmes Land; die zu verarbeitenden Hölzer mussten also aus der Ferne bezogen werden, aus Asien, Palästina, Syrien, aus dem Libanonengebirge, das seine berühmten Cedern sandte, aus Indien, woher das vielfach verarbeitete Ebenholz kam. Der ägyptische Tischler arbeitete mit Säge, Beil, Meißel und Bohrer, doch war der Hobel unbekannt. Zum Glätten des Holzes bediente man sich eines runden Glättsteines. Statt des Leins wurde eine Gement-

art verwandt. Die einzelnen Stücke wurden mit Holznägeln aneinander befestigt. Eisenägel waren unbekannt. Später fand sich auch die Kleinanwendung durch Borgen. Journiere (d. h. das Belegen und Verkleben eines geringeren Holzes mit einer dünnen kostbaren Holzhaut) treffen wir schon um 2000 v. Chr. Der Haarsatz ist noch nicht sehr mannigfach; er besteht zumeist aus Stühlen, Bettstellen, Kästen und Truhen. Die Höhe der Möbel sind oft verzerrt, als Körnervöse oder Knüpfle — an einem vornehmlich Klappstuhl als in einer Leiste befindende Gänseköpfe — u. s. w. behandelt. Hierarchische Elfenbein-Ornamente werden in das dunkle Holz eingeschlossen. Noch tierlicher gearbeitet sind die hölzernen Häschchen, Kästchen, Löffelchen, Toilettenstablen etc. Die kleinen Gegenstände wurden oft ebenso tierlich aus Elfenbein geschnitten. Sehr wichtig war das Gräbermobiliar; denn auf die „ewigen Häuser“ (Gräber) verwandte der Ägypter fast noch mehr Sorgfalt als auf seine zeitliche Wohnung. Vor allem wichtig sind die Sarkophage, die zuerst in Form einer vierseitigen Luke hergestellt werden, später aber die Form einer Mumie annehmen, fleischig geschnitten und tierlich bemalt wurden, so dass das aufgemalte Gesicht ungefähr die Züge des Verstorbenen zeigte. Auch kleine hölzerne Figuren wurden den Toten mitgegeben zu ähnlichem Zweck wie die thonernen.

Die Weberei blühte schon im vierten Jahrtausend. Besonders waren die ägyptischen Leinengewebe im Altertum hochberühmt. Wolle findet sich kaum, Seide ist unbekannt. Die auf uns gekommenen Reste von altägyptischen Leinengeweben zeichnen sich durch Feinheit und Weichheit aus. Das ägyptische Linnen ist weiß und zeigt höchstens einen farbigen Rand; denn die bunten Gewänder überließ der Ägypter den verachteten Barbaren. Dafür wußten die ägyptischen eleganten Herren und Damen durch tierliche Färbung des Linnens zu glänzen. Als farbige Gewebe finden wir schöne Teppiche und Vorhänge.

Unrechte waren die alten Ägypter in Bearbeitung der Metalle, besonders der Edelmetalle und der Bronze. Eisen findet sich noch nicht. Das kostbare Metall war ursprünglich das Silber. Erst um das Jahr 1200 sank der Silberwert unter den des aus der arabischen Wüste eingeführten Goldes. Ein beliebtes Metall war das sogenannte Elektron (Hellekot), eine aus zwei Teilen Gold und drei Teilen Silber bestehende Mischung. Kupfer leisteten die Bergwerke der Sinaihalbinsel, in welchen Straflinge und politische Gefangene arbeiteten und gequält wurden, ähnlich wie heute in den Bergwerken Sibiriens. Auch Bronze findet sich, doch ist es uns unbekannt, woher die Ägypter das zur Herstellung der Bronze nötige Eisen bezogen. Von Metallarbeiten haben sich schöne Waffen erhalten. Der Nebner zeigte und erklärte einen äußerst fein aus Gold und Bronze gearbeiteten Dolch eines Pharaos, ferner Stangen, Becher, Schlüssel und Metallspiegel mit tierlichen Handgriffen. Auch finden sich eheure Kultgefäße und Kultfiguren. Als Beispiel wurde der trefflich gearbeitete Kopf eines Steinbocks und eine charakteristisch ausgeführte Bronzestatuette, einen Priester mit einem Osirisbild darstellend, vorgeführt. Von goldenen Gefäßen hat sich naturgemäß nichts erhalten; diese kostbaren Geräte wurden wenig in Gräber eingeschlossen, und wo sie sich fanden, wurden sie längst geraubt und eingeschmolzen. Doch zeigte Professor Steinborff altägyptische Abbildungen solcher Gefäße, die einen Begriff von ihrer Schönheit geben konnten. Bekondere Bewunderung aber erregt die Kunst der ägyptischen Goldschmiede in kleinen Halsstücken (Medaillons), die in einer mosaikeähnlichen Art von Zellennäherei wunderbar geschmiedt ausgeführt sind.

Das ägyptische Kunstgewerbe, so schloss der Nebner seinen aufrigen und ungemein klaren Vortrag, trägt den Stempel des ersten ägyptischen Volkscharakters. Die ägyptische Kunst ist nicht formenreich, sondern eher phantastisch, aber die Ausführung ist überall ungemein fleißig und gediegen. Und weil die ägyptische Kunst so seit im Volkscharakter ruhte, so hat sich auch ein einheitlicher, echt nationaler Kulturstil ausbilden können, der nicht nur in sich abgeschlossen dasteht, sondern auch auf die nachkommenden Geschlechter (z. B. auf die Griechen) anregend und beeinflussend wirkte.

Guido.

Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

Die nationalliberalen Seitensprünge in der Kartellfrage werden den Konservativen unangenehm. Die Dresdener Nachrichten verlangen heute von dem Vorsitzenden der nationalliberalen Partei in Sachsen, Dr. Gensel in Leipzig, dass er der Frage näher trete, „ob durch solche Maßnahmen gegen einsitzige Parteibeschlüsse von höchster patriotischer Tragweite nicht die Zugehörigkeit zur Partei verwirkt wird, besonders da die betreffende Stelle nicht zum erstenmal beschlossen gewesen ist, unbekümmert um das Parteinteresse rein persönlichen, selbstbewussten Neigungen dadurch Rechnung zu tragen, dass in wichtigen politischen Fragen ein von der allgemeinen Parteihaltung abweichender Sonderstandpunkt vertreten und für bedeutsam gehalten wird, um mit dem Scheine einer Machtvollkommenheit in alle Welt hinausposaunt zu werden.“ In den maßgebenden Kreisen der nationalliberalen Partei darf sie man sich konsequenterweise der Überzeugung nähern, dass mit derartigen Elementen, die trotz des geringen Einflusses, den sie innerhalb der Partei besitzen, nur Brüderlichkeit stiften müssen, auf die Dauer nicht wirklich zusammengearbeitet werden kann.“ Man darf nun gespannt sein, was der Vorsitzender der nationalliberalen Partei dieser Aufforderung gegenüberstehen wird. Gefordert wird die Kartellfrage, wenn der Anregung stattgegeben wird, ebenso sehr oder vielleicht ebenso wenig, als wenn dies nicht geschieht. Das Kartell ist eben brüderlich.

Die ägyptische Kunst ist die Tischlerei und Holzbildscherei. Ägypten war im Altertum gerade so wie heutzutage ein baumarmes Land; die zu verarbeitenden Hölzer mussten also aus der Ferne bezogen werden, aus Asien, Palästina, Syrien, aus dem Libanonengebirge, das seine berühmten Cedern sandte, aus Indien, woher das vielfach verarbeitete Ebenholz kam. Der ägyptische Tischler arbeitete mit Säge, Beil, Meißel und Bohrer, doch war der Hobel unbekannt. Zum Glätten des Holzes bediente man sich eines runden Glättsteines. Statt des Leins wurde eine Gement-

phantasiebegabten Komponisten über manche leere Textstelle hinweg und wenn z. B. die Unterredung des Königs mit Jean Gautier (1. Akt, 4. Scene) als eigenliches Duett komponiert wäre, so würde die zweite, höhere Hälfte der Scene wahrscheinlich weniger trocken und lebhaft ausgefallen sein. Dabei kann ja der Komponist die geschlossene Form doch mit großer Freiheit behandeln, ganz aufzugeben sollte er sie aber nicht; denn gerade die Ensemblestücke leiden darunter. Nur ein ganz gewaltiger, mit höchstem Können und mit reichster Phantasie begabter Meister, wie Wagner in den Meistersingern, wird seinen Stoff überall frei bewältigen können; dem weniger Begabten aber wird die schulmäßige Form, wenn sie geschmackvoll und nicht widernatürlich angewandt wird, stets hilfreich zur Seite stehen.

Die Bismarckfrage, das altfranzösische madrigalartige Lieb des Jean, die hübsche Weise, die der König erzählt und ausschreibt will, dass Pantoffelstiefel der Pflicht und manche andere Stellen machen einen süßlichen Eindruck und gefallen auch ganz gut. Der zweite Akt ist hübscher und einheitlicher als der erste. Die ganze Oper gefiel, so dass man wohl einen Erfolg konstatieren kann.

Die Aufführung war stöt. Die schon genannten Darsteller standen sich alle recht hübsch in ihre Rollen. Besonders Herr Schütz gab den König recht gut. Er sang im zweiten Akt sein „König Aurora“ in sinnelosem Blaulöffino und statte die Gestalt des liebenswürdigen Herrschers mit Grazie und ungefährter Vornehmheit aus. Fr. Beyer als Bismarckmutter und die Damen Ossborne und Alten als Bismarckinnen fügten sich mit ihrem muntern Spiel dem Rahmen der hübschen Oper trefflich ein.

Drei von Ballettmästern Gollinetti hübsch arrangierte, von Fr. Tiebig und Fr. Hruby und den Damen des Ballettkorps ausgeführte spanische Tänze beschlossen die Vorstellung. H. M.

Die Arbeiterpreisse Sachsen. In dem Referat über die Parteipresse, das Genosse Seifert-Zwickau am Montag in der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokraten hielt, wurden über die Arbeiterpreisse Sachsen folgende Mitteilungen gemacht:

Es erscheinen 7 politische Zeitungen, davon 2 täglich, 5 wöchentlich dreimal. Sie haben eine Gesamtauslage von 57800 Exemplaren und zwar die Leipziger Volkszeitung 22500, Sächsische Arbeiterzeitung 12500, Chemnitzer Beobachter 7000, Sächsisches Volksblatt (Zwickau) 6000, Burgstädtler Volksstimme 4500, Weißener Volksfreund 3500 und Vogtländische Volkszeitung 1850 Exemplare. Ferner erscheinen in unregelmäßigen Zeitabschnitten und namenlos in Wahlperioden: Der Vogtländer in 15000 Exemplaren und Der arme Teufel (im Zittauer Wahlkreis) in 2000 Exemplaren. Schließlich werden in Sachsen noch gedruckt: Der Wähler für Altenburg in 2800 Auslage und die Rennische Volkszeitung in 1700 Auslage.

Das Strafregister der politischen Zeitungen ergab 1896

40 Monate Gefängnis- und 2775 Mt. Geldstrafe, im Jahre 1897

43 Monate Gefängnis- und 3668 Mt. Geldstrafe. Im einzelnen verteilen sich diese Strafen wie folgt: Leipziger Volkszeitung

1896: 13 Monate und 1000 Mt., 1897: 300 Mt.; Sächsische

Arbeiterzeitung 1896: 1050 Mt., 1897: 36½ Monate und 1900 Mt.; Chemnitzer Beobachter 1896: 3 Monate, 1897: 20 Mt.; Sächsisches Volksblatt 1896: 7 Monate und 725 Mt., 1897: 2 Monate und 1448 Mt.; Burgstädtler Volksstimme 1896: 16 Monate, 1897: 4½ Monate; Vogtländische Volkszeitung 1896: 1 Monat.

Mehr zwei in Sachsen nur hergestellten Gewerkschaftsbüchern erschienen hier 10 Gewerkschaftsbücher, die auch zum Teil in Sachsen ihren Absatz finden. Es sind dies: Textilarbeiter 25000 Exemplare, Tabakarbeiter 4000 Exemplare, Korrespondent für Hutmacher 3100 Exemplare, Anzeiger für Schneider 2000 Exemplare, Korrespondenzblatt für Tapezierer 2000 Exemplare, Buchdruckerwacht 1500 Exemplare, Graveurzeitung 1400 Exemplare, Xylographenzeitung 800 Exemplare, Gläubiger! (Vergarbeiter) 4000 Exemplare. Die Gesamtauslage dieser Gewerkschaftsbücher stellt sich also auf 62800 Exemplare.

*

Dresden, 25. Januar. Bei dem konservativen Parteitag sollen bereits 800 Teilnehmer angemeldet sein.

Eine recht ansehnliche Summe zur Unterstützung an die vom Hochwasser Geschädigten brachten unsere Genossen in Dresden und Umgebung auf. Bei der Sächsischen Arbeiterzeitung gingen 11860,34 Mt. ein; darunter befinden sich auch namhafte Beiträge aus Leipzig. Die Genossen im 1. Reichstagswahlkreis sammelten 198,06 Mt., der 6. Wahlkreis 1328 Mt., der 8. Wahlkreis 889,40 Mt. Insgesamt wurden aufgebracht: 14176,69 Mt. Unterstützungen wurden bezahlt:

Bon Dresden aus an 27 Personen	2 289,00 Mt.
Im 1. Wahlkreis " 57 "	2 052,—" "
" 6. " 107 "	7 400,—" "
" 8. " 25 "	1 335,50 "

215 Personen 13 191,40 Mt.

Unlosen entstanden in der Höhe von 68,95 Mt., somit bleibt ein Bestand von 981,34 Mt. Man wird daraus ersehen, dass auch die sozialdemokratischen Arbeiter opferwillig ihre Pfennige spenden, wenn es sich darum handelt, bei einem allgemeinen Notlaufe ihren Arbeitsbrüdern helfend beizutreten.

Der 23. Jahre alte polnische Arbeiter Morek, der am November v. J. auf der Poststraße in einer Hausschlüsse seine Gesichts wegen Untreue durch drei Revolverstöße zu töten versuchte, wurde heute vom Schwurgericht wegen vorsätzlichen versuchten Totschlags unter Annahme mindernden Unstandes zu 3½ Jahren Gefängnis und 5 Jahren Eheverlust verurteilt. Der junge Mann ist aufcheinend das Opfer einer herzlosen Kugel, die auch als Zeugin anwesend war, geworden.

Chemnitz, 25. Januar. Über die Verhältnisse der Postunterbeamten am hiesigen Postamt I wird lebhaft Klage geführt. Der Dienst ist hier außerordentlich beschwerlich, weil die Bestellbezirke zu groß sind. Der Verkehr wächst von Jahr zu Jahr, aber neue Leute werden nicht eingestellt. Seit 1. Dezember v. J. ist eine Austragung mehr eingerichtet worden, aber die Mannschaft ist dieselbe geblieben. Wenn hier der Dienst richtig geregelt würde, so würden wohl an 40 Mann mehr einzustellen sein. Über den schweren Dienst dürfen sich die Leute aber nicht äußern, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, gemahngestellt zu werden. Unter solchen Verhältnissen ist es natürlich auch schwer, Urlaub zu erlangen. Am 2. Weihnachtsfeiertage starb nach halbjährigem Krankenlager die Frau des Posthilfsboten Groß. Als dieser um Urlaub bat, wurde er ihm vom Postdirektor Reichert verweigert. Groß bekam erst, als er sich an die Oberpostdirektion wandte, wenigstens am Begegnungsstade Urlaub. Direktor Reichert hat auch wegen der Petition, die von den Postunterbeamten an den Reichstag gegangen ist, mehrere Unterbeamte ins Gebet genommen und gesagt, diejenigen, die unterschrieben hätten, seien alle Sozialdemokraten u. s. w., die eigentlich entlassen werden müssten. Über das lässt sich nicht gut machen, denn auf dem ganzen Amt sind nur ein paar Leute, die nicht unterschrieben haben. Das Vorgehen der Postunterbeamten sollte doch eigentlich nicht Wunder nehmen, denn wenn sie davon lesen, dass die Post von Jahr zu Jahr höhere Überschüsse abwirkt und von oben fortwährend der günstige Stand der Staats- und Reichsfinanzen gelobt wird, so ist es doch nur begreiflich, dass die Unterbeamten von der günstigen Situation auch etwas zu profitieren trachten.

Borna, 25. Januar. Hier trat Ende des vergangenen Jahres infolge eines Beschlusses der Amtshauptmannschaft ein „aus ausgeschiedenen und einflussreichen Rittergutsbesitzern und Gütsbesitzern aus sämtlichen Teilen des Bezirks“ zusammengesetzter Ausschuss zusammen, der sich die Wohlfahrtspflege auf dem Lande zur besonderen Aufgabe gemacht hat. In einer Zusammenkunft wurde nach einem ausführlichen Vortrag der Wunsch ausgesprochen, dass von den ländlichen besitzenden Kreisen dafür Sorge getragen werden möchle, die Lebenshaltung der nicht besitzenden, insbesondere der arbeitenden Klassen besser zu gestalten. (Da sollte man zuerst die Liebesgabenpolitik befürworten!)

den Gemeinsam zu fördern; Bekämpfung des Gesindemäler-
Unwesens (wenn die Hörigkeit durchgeführt ist, braucht man
keine Gesindemäler mehr). — Das ist die rechte Arbeitser-
freundlichkeit der Agrarier!

Burgstädt, 25. Januar. In der Buchhandlung des Genossen
Reichelt wurde nach dem Pfaffen-Spiegel von Corvin ge-
hauptsucht. 26. Heste wurden beschlagnahmt.

Riesa, 25. Januar. Die Nationalliberalen haben hier eine
Besprechung gegen die Kandidatur Sachse-Werschwil ab-
gehalten, in der der Direktor der Leipziger Hypothekenbank,
D. Rothe, als Gegenkandidat in Aussicht genommen worden
sein soll. Nach dem Großenhainer Tageblatt hat ein Reformer
in dieser Versammlung die Erklärung abgegeben, daß seine
Parteigenossen unter allen Umständen für jede andere Kandidatur,
die sich gegen die Kandidatur Sachse richtet, eintreten würden,
ja nötigenfalls selbst für den Sozialdemokraten zu
stimmen gedachten; auf jeden Fall werde ein Zusammensehen
der Reformer und Nationalliberalen stattfinden. Die Deutsche
Wacht bemüht sich natürlich zu erklären, daß der betreffende Be-
richt wahrheitswidrig sei; namentlich wendet sich das Blatt da-
gegen, daß ein Reformer erklärt habe könne, sie würden
nötigenfalls auch für einen Sozialdemokraten eintreten.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf Anordnung des
Ministeriums des Innern ist künftig von den Behörden ein voll-
ständiges Exemplar der Amtsblätter, da diese "nicht selten" der
Geschichtsforschung wichtige und interessante Unterlagen bieten, an
einer amtlichen Stelle, und zwar von den Stadträten im Archiv,
aufzubewahren. Zur Geschichtsforschung sind unsere Amtsblätter
allerdings ein prachtvolles Mittel. — Vergangene Woche wurde mit
den Vorarbeiten für die elektrische Bahn Glauchau-Meernane-
Grimmischau begonnen.

Schleinitz, 25. Januar. Am Montag abend hielt Genosse
Danke-Leipzig seinen zweiten wissenschaftlichen Vortrag und zwar
über Dr. Nansen's Nordpolreise, mit Kalligraphiediagrammen er-
läutert. Der geräumige Saal war vollständig gefüllt, und daß
jeder Anwesende mit den Darbietungen zufrieden war, bewies
der Beifall am Schlusse. Das Aufstallendste aber bei dem
Vortrag war, daß das Bürgertum so ziemlich ganz fehlte, mit
einigen römischen Ausnahmen. Wenn man aber bedenkt, wie
indifferent das heilige Spießbürgertum in politischen Dingen ist,
so ist das kein Wunder, daß diese Leute für wissenschaftliche
Sachen keine Spur von Interesse zeigen. Alle fünf Jahre einmal
einen Beitrag für ihren freisinnigen oder konservativen Kandi-
daten in die Wahlurne legen, in den Ruhen auf die Begehr-
lichkeit der Arbeiter schimpfen, für Heer und Marine schwärmen
und bei jedem patriotischen Klub ein wichtig Hurra schreien, im
übrigen aber alles gehen lassen wie es gehen will, das sind ja
die Punkte, die den hiesigen Durchschnittspolitiker kennzeichnen.
Wir können dem gegenüber ausfragen: Wir Arbeiter sind doch
bessere Menschen, denn in der Arbeiterschaft ist noch Sinn für
Freiheit und Wissenschaft zu finden, dem Arbeiter gehört die
Zukunft.

Soziale Rundschau.

Neber Vermögen und Einkommen der reichsten Leute
zu Preußen gibt die dem Abgeordnetenhaus mitgeteilte Statistik
der preußischen Einkommens- und Ergänzungsteuerveranlagung
für 1897/98 Auskunft: Mit dem größten Vermögen (wie im
vorigen Jahr 215 Millionen) ist wieder ein Rothschild in
Frankfurt a. M. zur Ergänzungsteuer herangezogen.

Dann folgt Krupp mit 128 Millionen Mark. Sein Ver-
mögen ist in Jahresfrist um 7 Millionen gewachsen. Es
war 1896/97 mit 121 Millionen und im Jahr vorher mit 118
Millionen zur Ergänzungsteuer veranlagt. Rothschild versteuerte
1895/96 208 Millionen Vermögen. Sein Einkommen be-
rechnet für 1897/98 Krupp nur 2 Millionen höher als Roths-
child, wie sich aus der Veranlagung zur Einkommenssteuer
ergibt. Rothschild hat schon seit drei Jahren ein Einkommen
von „über 6 bis 7 Millionen Mark“, Krupps Geschäft aber
körpert so, daß er, der im Jahre vorher „über 7 bis 8 Millionen“
Einkommen versteuerte, jetzt seine Einkünfte auf „über 8 bis 9
Millionen“ berechnet.

In erheblichem Abstande folgen auf die beiden Nabobs zwei
Schlesier: ein Breslauer Landbewohner mit einem Vermögen
von 88 Millionen (im Vorjahr 83 Millionen) und ein Oppelner
Landbewohner mit 64 Millionen (im Vorjahr 61 Millionen)
Vermögen. Während aber der reichste Breslauer Landbewohner
wie im Vorjahr sein Einkommen mit 2 bis 3 Millionen an-
gibt, berechnet der reichste Landmann im Regierungsbezirk
Oppeln sein Einkommen seit dem Vorjahr um eine Million
höher: im Vorjahr 2 bis 3, jetzt 3 bis 4 Millionen Mark. Ein
anderer Oppelner Landbewohner, der sein Einkommen ebenfalls
mit 2 bis 3 Millionen angibt, bewertet sein Vermögen auf
5 Millionen (2 Millionen mehr als im Vorjahr).

Der reichste Magdeburger Landbewohner war im Vorjahr
mit 33 Millionen Vermögen zur Ergänzungsteuer herangezogen
für 1897/98 mit nur 26 Millionen. Ihm hat jetzt der reichste
Städter im Regierungsbezirk Münster überflügelt, der im Vor-
jahr 29, 1897/98 über 32 Mill. Mark Vermögen versteuert.

Eines Vermögens von 27 Millionen Mark erfreuen sich
ein Kasselner und ein Bewohner des Regierungsbezirks Trier
(Stumm), jener rechnet mit einer, dieser mit 2 Millionen mehr
als im Vorjahr, beide aber gleichmäßig mit einem Einkommen
von „über 2 bis 3 Millionen Mark“.

Ein Einkommen von über eine bis 2 Millionen versteuern
28 Personen, 8 mehr als im Vorjahr. Unter ihnen auch 12
Berliner. Ein Vermögen von über 20 Millionen Mark ver-
steuern 6 Berliner (im Vorjahr 5), darunter je einer mit 25,
mit 26 und 28, der reichste mit 29 Millionen. Im Vorjahr
schätzte der Mann an der Spitze der Berliner Millionäre sein
Vermögen auf nur 26 Millionen, der zweite auf 25, der dritte
auf 24, der vierte auf 22 Millionen. Im ganzen sind mit über
einer Million Mark Vermögen in Berlin 1227 Personen zur
Ergänzungsteuer veranlagt, gegen 1178 im Vorjahr.

Und gegen eine Gesellschaftsordnung, die die Güter dieser
Leute so weise „verteilt“, nörgeln die „roten Tentsel“, die von
Ausbeutung der Masse zu Gunsten der reichen Minderheit
fabulieren. Rosadowsky, hilf!

Völtcher! In den Fassfabriken Braunschweigs haben
familiäre Völtcher die Arbeit niedergelegt.

München, 25. Januar. In der kgl. Artilleriewerftstätte
erfolgten in der Sattlerrei bei verschiedenen Accordarbeiten
Vohnabzüge bis zu 12 Prozent. Die von dieser Maßnahme
betroffenen Sattler meldeten sich familiär zum Rapport, um die
Zurücknahme der Vohnabzüge herbeizuführen, doch vergebens.
Auch der Arbeitsausschuß wurde bei der Direction deshalb
vorsichtig, gleichfalls verlustlos.

Über die Lohnreduktion herrscht erklärlicherweise unter den
betroffenen Sattlern eine große Erregung und Erbitterung.

Im Nessica-Vergwerk der österreichisch-ungarischen Staats-
Eisenbahngesellschaft fand eine Explosion schlagender Wetter
statt. Acht Männer sind erstickt. Mehrere verlegte Bergleute
sind geborgen.

London, 24. Jan. (Dritte Abstimmung der Maschinen-
bauer über die Konferenzvorschläge samt Erklärungen.)
Wenn am 31. Januar die Maschinenwerftstätten Englands den
seit sieben Monaten ausgesperten Arbeitern geöffnet werden,
und zwar unter Bedingungen, die weit besser und billiger
sind als die auf der zweiten Westminster-Konferenz vereinbarten,
so hat zu diesem für die Maschinenbauer ehrenvollen Ergebnis
die Regierung am allerwenigsten beigetragen, obwohl ihr der
allergrößte Vorteil daraus erwächst. Herr Ritchie, der zweimal
sich in den Streit einmischt und als Präsident des Handels-
amtes das Zusammentreffen der ersten Konferenz herbeigeführt
hatte, weigerte sich nach der Verwerfung der Betriebsbedingungen
durch die Maschinenbauer, sich länger mit der Sache zu befassen.
Diese ablehnende Haltung des Ministers war um so bezeichnender,
als er den Widerwillen der Unternehmer gegen die Einigung
dritter Personen sehr gut kannte.

Gleichwohl konnte die Regierung der Gordauer der Krise
im Maschinenbauwerk nicht länger gleichgültig zuschauen.
Nicht nur zeigten die Staatsseminarier einen merlichen Rück-
gang infolge der vermindernden Produktion und Ausfuhr von
Maschinen, sondern angesichts der kritischen Lage in Ostasien,
wohin man mehrere Kriegsschiffe zu schicken genötigt war, musste
auch der Marineminister die faulseligen Unternehmer auf die
Erfüllung ihrer Kontrakte aufmerksam machen. Die Erklärung
des Schatzkanzlers Hicks-Brace, daß man 30 Millionen Mark
nicht habe ausgeben können, weil die Arbeitsperre die Fort-
führung des Schiffsbau-Programms verhindert habe, war ein
deutlicher Wink für die Unternehmer, sich mit dem Vergleich
zu tun.

Es hat am letzten Freitag eine Besprechung zwischen den
Worftführern der Unternehmer und Maschinenbauer stattgefunden,
und als Folge dieser Konferenz hat Barnes den Mitgliedern
seines Verbundes die Annahme der Konferenzbedingungen an-
empfohlen, denen jedoch die seither vom Unternehmerverband
ausgegangenen Erklärungen und Richtlinien als gleich-
wertig beigelegt sind. Diese Erklärungen widersprechen den
früheren Abmachungen in wesentlichen Punkten und heben damit
deren Güte auf. Es lohnt sich jedenfalls der Mühe, den Ver-
such zu machen, wie sie sich in der praktischen Anwendung be-
währen werden. Die Daily News behauptet, daß sie an dem
Bustandekommen der Konferenz das größte Verdienst hat. Das
mag richtig sein. Wichtiger jedoch ist, daß die Maschinenbauer
unter ehrenvollen Bedingungen wieder an die Arbeit zurück-
kehren können. Die Zustände sind nicht ganz mehr dieselben
wie vor Ausbruch der Krise, aber sie sind gut genug, um die
Annahme der Bedingungen durch die Maschinenbauer zu rech-
tfertigen. Deshalb haben Barnes und seine Mitunterzeichner sie
guten Mutes empfohlen können.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Januar.

Achtung, Cementarbeiter! Wegen Vohndifferenzen
legten die Cementarbeiter bei Louis Nörner, L. Göhlis,
die Arbeit nieder. Zugang ist streng zu vermeiden.

Die „objektive“ Königliche Leipziger Zeitung leistet sich
wieder einmal ihr Gültchen in einer Betrachtung über die
Landeskongress der sächsischen Sozialdemokratie. Wir können
uns das Vergnügen nicht versagen, das Geschreibsel tiefer zu
hängen. Das Blatt schreibt:

In Leipzig haben die sächsischen Sozialdemokraten in den beiden
letzten Tagen ihren Parteitag gehalten. Der Verlauf der Verhand-
lungen war derselbe, wie überall, wo die Herren unter sich sind:
nein gönnt dem andern die Luft; Brotnetz, Eiferfucht und
kleinlicher Egoismus bestellt den einen gegen den andern,
die Leipziger gegen die Berliner, die Chemnitzer gegen die Leipziger,
die Unterführer gegen die Hauptführer, den zahlenden Plebs
gegen die am Fleischtopf stehenden Parteibeamten. Und nun
nun vollends die Herren Fabrikanten, die die „öffentliche Meinung“
machen, untereinander! Schlimmeres und Schändlicheres
können sich die wütendsten polsternen Gegner nicht nachsagen, als
diese Herren Genossen, wenn es um das Mein und Dein geht.
Hier können die bürgerlichen Sensationsblätter, die sich im
Abonnementfang doch schon eine respektable Fertigkeit ange-
wiesen, wirklich noch lernen. Kein Verdacht ist zu nebrig,
als daß in der Mediatum eines sozialdemokratischen Blattes gegen
seinen sozialdemokratischen Mitbewerber nicht im Bußen hegte und
zum Ausdruck brachte. Nur wenn es gilt, daß arme „geknobelte“
Volk aufzuhetzen, sind sie einzig, denn wovon sollten sie leben,
wenn sie nicht dieses „geknobelte“, von den deutschen Regierungen
und den habgierigen Bourgeois „unihandelt“ Volk hätten!

Die Teilnehmer und Besucher der Landeskongress werden
ihren Augen nicht trauen, wenn sie das lesen. Nun, es ist ja
die königliche Leipziger Zeitung, die das schreibt, und die das
Verlangen zu haben scheint, daß bei der Beratung ihres Thats
im Landtag ihre eigenartige Verhältnisheit von früher wieder
aufgefeiert wird.

Die Verlogenheit des Blattes an den wirklichen Thatsachen
eingehend nachzuweisen, wird kein anständiger Mensch uns zu-
mieten. Die Schwärerei des amtlichen Blattes fixiert ein Phan-
tosiegebilde, zu dem nicht einmal der äußerst tendenziös gehal-
tene, weil pikant sein sollende Bericht der Leipziger Zeitung
über die Verhandlungen in Chemnitz genügenden Stoff bietet.

Dabei hatte das Blatt erst noch vor wenigen Tagen die
Stimmen sozialdemokratischen Vätern parteiische Berichterstattung
vorzuwerfen.

In helle Wut sind die Verteidiger der bürgerlichen Gesell-
schaftsordnung darüber geraten, daß neulich der Genosse Bebel
im Reichstag der sog. besseren Gesellschaft einen Spiegel für
ihre Stützlichkeit vorgehalten hat. Bebel hätte dabei auf die
Heitersanwälte und die hohe Zahl der Scheidungsver-
wiesen, welch leichter gerade bei den wohlhabenderen Leuten
recht zahlreich seien. Hochwillkommen ist nun dem Leipziger
Tageblatt und den Neuesten Nachrichten ein „höherer Justiz-
beamter“, der anführt, daß von 225 Scheidungsfällen, die
bei einem Bandgericht anhängig gemacht wurden, 190 Armen-
sachen waren. Und damit soll die Behauptung Bebels so
schlagend widerlegt sein, daß die Neuesten Nachrichten wieder
einen glauben, Bebels „Wahrheitsliebe“ und „Unverlässigkeit“
charakterisieren zu können.

Wenn die Zahlen des „höheren Justizbeamten“ aber richtig
sind, so sprechen sie nur für Bebels Behauptung. Denn die
100 Scheidungen in Armensachen betragen nur 85 Proz. der
Gesamtzahl. Nach Ackermann haben aber 90 Proz. der Steuer-

zahler ein Einkommen unter 900 M. Und daß auch Leute,
die weit mehr als 900 M. Einkommen haben, Scheidungs-
prozesse im Armenrecht führen, ist eine bekannte Thatsache und
bei den hohen Kosten der Scheidungsprozesse eine sehr seltsame
Erscheinung.

Δ Unzufriedene Kaufleute nur züchtet man mit diesem
Bildungsseifer, so schlecht die Leipziger Zeitung in ihrer letzten
Sonntagsnummer einen Artikel, in dem sie gegen die seit
Jahresfrist auch bei uns veranstalteten „Hochschulvorträge für
Jedermann“ zu Felde zieht.

Antwort auf ein Wort des Berliner Katholikossozialisten
Professor Schmoller, der den letzten Grund aller sozialen Ge-
schehe nicht in der Dissonanz der Besitz-, sondern der Bildungs-
gegensätze erblickt, sucht sie die Umkehrung dieses Satzes als
richtig zu erweisen und schließlich die erhöhte Unzufriedenheit im
irrtümlichen Zusammenhang mit der erhöhten Volksbildung zu
bringen.

Anstatt nun aber bei der Stange zu bleiben und aus dem
Bürgeständnis, daß Bildung und Besitz heutzutage sich so häufig
nicht decken, die Konsequenz zu ziehen, spielt man die Frage
einfach auf ein anderes Gebiet hinüber.

Was unserem Volke heute vor allem und mehr als alles
Wissen not thue, heißt es weiter, sei nicht erhöhte Verständes-,
sondern Charakterbildung.

Gewiß ein bequemes Mittelchen, der einmal ausgeworfenen
Zeuge auszuweichen, schade nur, daß es allzu durchsichtig ist.
Oder glaubt daß genannte Blatt auf diese Weise nachträglich
über seinen wieder einmal deutlich offenbarten volks- und
bildungseindlichen Charakter hinwegtäuschen zu können? Wenn
es dann wenigstens mit einem Lobhymnus auf witzliche Charakter-
bildung geschlossen hätte.

Statt dessen aber mit den „unzufriedenen Kaufleuten“ zu
enden — das war doch unvorsichtig, sehr unvorsichtig.

Der Verband der deutschen Schuh- und Schäftekäf-
fanten hat über die Pflichten seiner Mitglieder bei Arbeiter-
bewegungen Bestimmungen getroffen, von denen die folgenden
hervorzuheben sind:

Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, Streitigkeiten zwischen
ihm und seinen Arbeitern, die er nicht selbst zu schlichten vermugt,
sofort bei dem Vorstande des Zweigverbands, oder, wenn ein
solcher an dem betreffenden Orte nicht besteht, beim Vorstande
des Hauptverbands zur Anzeige zu bringen. Der Fall wird vom Vor-
stande oder dem von ihm berufenen Vertrauensmann bew. Ge-
schäftsführer gewissenhaft geprüft und eine Beilegung auf gütlichen
Wege versucht. Mislingt sie und ist dem Fabrikanten seine Schuld
beizumessen, so sind die Mitglieder des Verbands verpflichtet, während
der Dauer der Arbeitseinstellung Arbeiter des betreffenden
Fabrikanten nicht zu beschäftigen. Nach Beendigung des Au-
standes dürfen solche Arbeiter innerhalb der nächsten vier Wochen
nur dann eingestellt werden, wenn der frühere Arbeitgeber auf
deren Einstellung verzichtet. Diese Bestimmungen verpflichten nur
Verbandsmitglieder gegenüber. Zuverhandlungen ziehen je nach
Zage des Falles eine Konventionalstrafe bis zur Höhe von
500 M., den Abschluß aus dem Verband und die Mitteilung an
die Mitglieder nach sich. Die Einführung von einheitlichen Ent-
lassungsscheinen wurde für die Verbandsmitglieder obligatorisch
erklärt. Ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß es nicht Absicht
und Aufgabe des Verbands sei, die Arbeiter zu knebeln und sie
ihrer politischen Rechte zu berauben, der Verband sei vielmehr nur
ein „Werkzeug der Notwehr“, um „unberechtigte Forderungen“
der Arbeiter, die an die Fabrikanten gestellt werden, erfolgreich
entgegentreten zu können, als es den einzelnen möglich sei.

Zur Einhaltung dieser Bestimmungen hat jedes Verbands-
mitglied einen auf Sicht ausgestellten Solarechsel von 3000
Mark für die erste Klasse, 6000 M. für die zweite Klasse und
9000 M. für die dritte Klasse zu hinterlegen. Gibt ein Ver-
bandsmitglied den Beschüssen der Generalversammlung (als
oberste Instanz) und den entsprechenden Anordnungen des Ver-
bandsvorstandes nicht Folge, so hat der Verbandsvorstande
das Recht und die Pflicht, nach eingeholter Zustimmung einer
Generalversammlung, den Solarechsel des betreffenden Ver-
bandsmitgliedes auszufällen, ihn sofort zur Zahlung zu präsen-
tieren und erforderlichenfalls im Wege des Wechselprozesses
einzutreiben. Alles in allem eine neue Verstärkung der Unter-
nehmerorganisationen und ein neuer Ansporn für die Arbeiter,
auch ihre Organisationen möglichst vollkommen auszustellen.

Die provisorisch festgestellte Jahresentnahme der säch-
sischen Staatsbahn für 1897 beträgt: 35077899 Mark im
Personenverkehr (1643796 Mark mehr als im Jahre 1896),
72384160 M. im Güterverkehr (1789829 M. mehr), 5979557
Mark aus sonstigen Quellen (502742 M. mehr), zusammen
dennach 113421596 M. oder 3886367 M. mehr als im
Jahre 1896. Die Mehreinnahme beträgt durchschnittlich 888
Mark auf 1 Kilometer Bahnlänge.

Als Organ des Exportvereins für das Königreich
Sachsen wird der frühere Reichstagabgeordnete Handels-
kammerdirektor a. D. A. Kutschbach in Leipzig vom 1. Februar
ab ein monatlich zweimal erscheinendes Allgemeines Deutsches
Exportblatt herausgeben.

Fündig! Im Leipziger Buchhändler-Börsenblatt sucht ein
unternehmender Buchhändler einen Kapitalisten zur Begründung
einer Buchhandlung — in Rautschau.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs. Zwischen Leipzig
und den Orten des Fernsprechnetzes in der Oberlausitz: Görlitz,
Großsch

Gleischdielestahl. Aus einem Kühlraum am Thüringer Bahnhofe sind vom 21. bis 24. Januar vier rechtsseitige Schweinhälften, vier linksseitige Schweinsleisten, vier Seiten Schmer und ein ausgeschlachtetes Kalb im Gesamtvalue von 263 M. gestohlen worden.

Fundunterschlagung. Verhaftet wurde ein 32 Jahre alter Spanier aus Toledo, der in einem Restaurant der Kreuzstraße ausschließlich beschäftigt war. Er hatte ein Portemonnaie seines Prinzipals gefunden, das 55 Mark Inhalt hatte, das Geld an sich genommen und das Portemonnaie in den Abort geworfen.

Gerichtsaal.

Landgericht.

Leipzig, 24. Januar.

Das höchste Strafmaß wollte der Hauptmann a. D. v. Bröder für eine ihm zugefügte Bekleidung angewendet und auf die Höchstsumme der Buße erkannt wissen. Über eine Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht hatte der Herausgeber der Reichsgerichtszeitung, Redakteur Karl Lenze, einen Bericht gebracht, in dem gesagt wurde, daß v. B. wegen Geistesbedarf entmündigt worden sei. Thatlich ist ein Antrag auf Entmündigung v. B.s verworfen worden. Dessen Bericht drückten die Nachrichten für den Buchhandel ab. Auf die Privatfrage v. B.s hin, verurteilte das Schöffengericht am 4. November 1897 Lenze wegen Bekleidung zu 100 M. und den Redakteur der Nachrichten für den Buchhandel, Ludwig Evers, zu 50 M. Strafe. v. B., der eine Strafe von 3 bez. 1½ Jahren Gefängnis und die Zuerkennung von 6000 M. Buße für diese Bekleidung beantragt hatte, gab sich mit diesem Urteil nicht zufrieden, sondern legte Berufung ein. Vor dem Landgericht wiederholte v. B. seine beim Schöffengericht gestellten Strafanträge. Das Gericht verwies die Berufung v. Bröders, soweit es in Frage kam, und erkannte gegen Evers auf Freisprechung, da letzterer in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Die Evers erwachsenen Kosten hat v. B. zu tragen.

Vereine und Versammlungen.

Borsdorf. Eine öffentliche Einwohnerversammlung fand am Sonntag nachmittag im Rosenhäuschen hier selbst statt, in der nach einer lebhaften Diskussion beschlossen wurde, durch eine Eingabe die Generaldirektion der sächsischen Staatsseisenbahnen zu veranlassen, in Zukunft einen Zug einzustellen, der vor 6 Uhr früh in Leipzig ankommt. Ferner wurde eine fünfjährige Kommission gewählt, die die Vorarbeiten zur Gründung eines Mietervereins erledigen und einer später eingerüftenden Versammlung darüber Bericht erstatten soll. Die Gründung eines solchen Vereins wurde schon vor Jahresfrist unternommen, doch hatte es der damals provisorische Vorstande unterlassen, die Statuten zur Genehmigung an die Amtsbehörde einzureichen. Diese Statuten sollen einer Revision unterworfen und dann umgehend der Behörde eingereicht werden, so daß das Zustandekommen des Vereins bald verzögert werden kann.

Veranstaltungskalender.

Mittwoch: Althilf. (Sämtliche in der weichen Abendblätter beschäftigt. Althilf.) Bürgerhof, Windmühlstraße 11. Abends 7 Uhr. T.O.: Sitzungsabnahme zu dem diesjährigen Tauf. Alle bei der Alten Deutler, Strickmühlensabrik, Plagwitz, beschäftigten und befähigt geworden Arbeitnehmer. Gemeinde-Restaurant, die Weissenhäuser und Gleise. Abends halb 9 Uhr. Wertheim-Berprechung. **Donnerstag:** Markgräflerstadt, Restaur. zur Bartschänke. Abends 8 Uhr. T.O.: Berprechung über die Gründung einer Sängergesellschaft. **Sonntags:** Polgarbeiter, Hotel des Herren Reißler, Bahnhofstr. 16. Abends 8 Uhr. T.O.: Sitzungsabnahme zu dem diesjährigen Tauf der weichen Abend-

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wenig Nehnlichkeit mit einem Elbendorf hat das Arbeitsverhältnis bei dem Königl. Sachsischen Hoflieferanten J. C. Hanisch. Der Herr zahl seinen Gärtnergehilfen pro Woche ganz 14 Mark. Davon sollen sie sich kostet, belieben und Wohnung bezahlen. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von früh 6 bis abends 8 Uhr, im Winter von früh 6 bis abends 8 Uhr. Die Arbeitspausen bestehen täglich 2 Stunden. Zusätzlich kostet 25 Pf. Strafe. Wenn Überstunden gemacht werden, giebt's dafür keine Bezahlung, wohl aber wird den Gärtnern, wenn sie alle 14 Tage einen Sonntag frei haben, für diesen freien Sonntag noch 1 M. abgezogen. Am Tage vor dem Totensonntag, dem Weihnachtsfest und dem Neujahrs- tag mußte bis abends 11, ja 1½ Uhr gearbeitet werden, ohne daß es dafür nur einen Pfennig Entschädigung gab. Bei Berechnung einzelner Tage wird die Woche zu sieben Tagen angenommen. Beiträge zur Kranken- und Invaliditätsversicherung, bezüglichen etwaigen Strafgeldern und Erfolgsleistungen werden bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht. Nach einjähriger Thätigkeit im Geschäft tritt für solche Gehilfen, die sich durch gute Führung und beispieliges Geschäftinteresse auszeichnen, Lohn erhöhung von wöchentlich 1 M. ein, und wird hierin von Jahr zu Jahr fortgesetzt. Herzlichen, was willst du noch mehr? Will jemand einmal den Abort benutzen, so muß er sich den Schlüssel beim Portier holen. Der Abort wird von etwa 25 Personen benutzt. Es hat meden Platz, nach Ventilation. Wird bei der Lampenjahr ein Goldiner zerbrochen, so sind dafür 8 Pf. zu bezahlen. Recht nette Zustände, nicht wahr?

X. Y. Z.

In der Erklärung des Herrn Dopieralla in der vorgebrachten Nummer der Leipziger Volkszeitung ist durch die Fragestellung nach dem Verfasser für die Eingeweihten genau zu erkennen, wen man der Urheberschaft des mit der Unterschrift "Ein Kollege" versehenen Eingesandts bezüglich macht. Ich erlaube mir nun, zu erklären, daß ich nicht Verfasser dieses Eingesandts bin und zu sein brauchte, da es in Leipzig doch noch Kollegen gibt, die ihren Standpunkt bis aufs äußerste vertreten. Außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, daß ich gegebenenfalls einem beratigen Eingesandt eine ganz andere Fassung geben haben würde.

Paul Valting, gen. Schäfer.

Erwiderung auf das Eingesandt "Zur Auflösung" in Nr. 18 dieses Blattes. Die Frage, warum Einsender nicht in der Versammlung gegen das bekannte Losal protestiert hätte, ist vollständig hinfällig, da auf der Tagessordnung der abgehaltenen Versammlungen die "Losalfrage" nicht stand. Wohl stand am 20. Oktober das sog. mögl. Versammlungs-Losal auf der Tagessordnung. Die Losalfrage wegen des Vergnügens wurde nicht erwähnt. Auch mußte nach der Haltung unseres Verbandes angenommen werden, daß diese Losalfrage im Sinne der allgemeinen Arbeiterschaft geregelt werden würde. Sonst hätte Einsender es trotz besonderer Umstände mögl. gemacht, persönlich dagegen aufzutreten, wie es ja schon früher mehrmals in gleicher Sache von ihm geschehen ist. Wenn man - Druck der Solidarität mit dem Verhalten des Wirtes der Grünen Schänke und der Kürze der Zeit zu entschuldigen sucht, so - liegt der Hinweis, daß die Abhaltung des Vergnügens recht gut verschoben werden konnte, oder in Gestalt eines Kommerzes, wie schon früher geschehen, in engerem Kreise stattfinden konnte, wenn es denn durchaus an die Zeit gebunden sein sollte. Zum

Schluß möchte ich noch meinem Bebauern darüber Ausdruck geben, daß es noch organisierte Arbeiter gibt, die die Naturfahrt beschönigen, zu verlangen, seinen Namen der breiten Öffentlichkeit preiszugeben, wäre dies doch für uns gleichbedeutend mit einer wirtschaftlichen Schädigung.

Ein Kollege.

Lezte Nachrichten.

Havanna. 25. Januar. Die Aufständischen sprangen bei Nuevitas einen Eisenbahngang mittels Dynamit in die Luft. Ein Sergeant wurde getötet, 16 Soldaten wurden verwundet. Bei einer anderen, ebenfalls von den Aufständischen ins Werk gesetzten Explosion wurden 3 Soldaten getötet und 5 verletzt.

Telegraphische Depeschen.

Priavatelegramme der Leipziger Volkszeitung.

E. Rudolstadt. 26. Januar. Der Landtag hat mit 11 gegen 5 Stimmen den Eintritt in die Beratung der neuen Gemeindeordnung abgelehnt. Es wurde der Regierung angegeben, den Entwurf in der nächsten Session vorzulegen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Petersburg. 25. Januar. Die letzten eingetroffenen Turkestanika Wiedomskaja melden das Eintreffen der nach Turkestan, Kaschgar und Tibet entsendeten deutschen wissenschaftlichen Expedition der Doktoren Fritscher und Holzreiter. (Dr. Holzreiter und Professor Dr. Fritscher, beide aus Karlsruhe, verließen Deutschland Ende November, um eine Reise über Kaschgar und Inner-Asien nach Peking auszuführen. Dr. Fritscher ist Geolog. Die Expedition geschieht auf Privatosten.)

Romea. 25. Januar. (Werbung der Agentur Havas.) Die Admirale liefern vier der hauptsächlichsten Anführer der Auführungen in Romia in die Festung Spinalonga einsperren.

Auskunft in Rechtsfragen.

100 M. R. Verläuft der Lehrling ohne Zustimmung des Lehrherrn die Lehre, so kann letzterer den Aufspruch auf Rückkehr des Lehrlings nur gelind machen, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist. § 130 der Gewerbeordnung.

G. S., Toucha. 1. Der Antrag auf Rückzahlung muß innerhalb dreier Monate in den Händen der Versicherungsanstalt sein. Auch müssen für die Versicherte mindestens 225 Wochenbeiträge bezahlt sein. 2. Sie erhält dann die Hälfte der für sie überhaupt geleisteten Beiträge zurück. Die vom Arbeitgeber geleisteten Beiträge werden dabei mitgerechnet.

Lindenau 74. Dann gilt 14-tägige Kündigungsfrist. Es besteht aber kein Anspruch, während der Arbeitszeit fortbleiben oder gehen zu dürfen. Das unterliegt der Vereinbarung und kann dafür der verhältnismäßige Lohn in Abzug gebracht werden.

2. R. Gohlis. Wenn die Leute nicht von selbst ziehen, können Sie nur Räumungslage beim Amtsgericht einreichen.

2. R. 105. Wenn sich auch das Mädchen weigert, die Ehe mit Ihnen einzugehen, müssen Sie doch für beide Kinder die Unterhaltsbeiträge bezahlen.

Abonnent G. Es ist fraglich, ob da mit Erfolg etwas zu thun ist. Verfahren Sie es mit einem Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen Betrugs.

G. S. 1. Ja, wenn er sich weigert, das Geld herauszugeben und damit erwieken ist, daß nicht bloße Vergleichlichkeit vorliegt. Die Abgelegerstattung wäre dann Sache des Gebers. 2. Der eingegangene Vertrag wäre dann ungültig und Sie können das Geld zurückfordern.

G. S., S. Plagwitz. Einwilligung der Eltern, Geburtschein und noch ein anderes Ausweispapier, vielleicht Militärapotheke. Sie werden aber gut thun, mit dem Standesbeamten vorher einmal zu sprechen.

D. B., Mühlstraße. Ist nicht strafbar. Einwegen Anordnungen der Behörde ist natürlich nachzukommen.

A. M., Gohlis. Bis zum Ablauf der Kündigungsfrist gilt der alte Weitschein, wenigstens können Sie nicht gezwungen werden, mehr zu bezahlen.

G. W., Sommersfeld. Erkundigen Sie sich auf dem Amtsgericht. Auch kann die Einsetzung eines Vormundes beantragt werden, wenn der Mann geisteskrank oder gebrechlich ist.

R. Sch. 1. Wenden Sie sich an die Polizei. 2. Ohne behördliche Anordnung können Sie nicht sofort ausziehen.

G. S., Sellerhausen. Vermelgen Sie die Annahme. Kommt es zum Prozeß, so entscheidet der Eid.

Bericht über die Leipziger Produktions-Börse.

Dienstag, den 25. Januar 1898.

(Mitgeteilt von Brüder Glass.)

Weizen per 1000 kg netto beauptet	inländischer	182—188 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto matt	ausländischer briesiger ostpreußischer und Posener	207—215 bez. Brf. 140—147 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto	ausländischer ausländischer	150—161 bez. Brf. 156—160 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto beauptet	Mahl- u. Futterware inkludischer defekter	168—184 bez. Brf. 116—130 bez. Brf. 150—156 bez. Brf.
Mais per 1000 kg netto	ausländischer amerikanischer runder	149—154 bez. Brf. 103—107 bez. Brf. 108—112 bez. Brf.
Oelsaat per 1000 kg netto	Raps	—
Rapskuchen p. 100 kg netto	flüssiges gefrorenes	53.— bez.
Rüböl per 100 kg netto frei Haus hier ohne Fass still	—	—
Ausserramtlich.		
Malz per 100 kg netto	altes	27—29
Wicken per 1000 kg netto	neues loco	29—31 160
Erbsen per 1000 kg netto	loco grosse do. kleine do. Futter	155—175 140—160 180—140
Bohnen per 100 kg netto	loco	19—22
Kleesaat per 100 kg netto	rot nach Qualität weiß n. Qualität gelb nach Qualität	00—95 90—75 20—80
Weizenschalen 8.50—9.00 M.	schwed. n. Qualität	30—75
Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:		
Weizenmehl Nr. 00 28,00—28,50	Roggenmehl Nr. 0	22,00—22,50
per 100 kg Nr. 0 28,00—28,50	per 100 kg I	I 22,00—22,50
exkl. Sack I 20—21 M.	exkl. Sack II	II 16,50 M.
" II 19 M.	Roggenkleie M.	9,50—10,00 per
100 kg exkl. Sack.		
Außerdem wurden notiert nach den Angaben der Leipziger Spritfabrik.		
Spiritus (unversteuert) mit 50 M. Verbrauchsabgab.	58,10 M.	58,60 M.
p. 10000 Liter, ohne Fass 70 M.	58,10 M.	58,60 M.
Sonnabend 22. Januar	50 M.	58,80 M.
	70 M.	59,00 M.
Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:		
Weizenmehl Nr. 00 28,00—28,50	Roggenmehl Nr. 0	22,00—22,50
per 100 kg Nr. 0 28,00—28,50	per 100 kg I	I 22,00—22,50
exkl. Sack I 20—21 M.	exkl. Sack II	II 16,50 M.
" II 19 M.	Roggenkleie M.	9,50—10,00 per
100 kg exkl. Sack.		

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:

Weizenmehl Nr. 00 28,00—28,50

per 100 kg Nr. 0 28,00—28,50

exkl. Sack I 20—21 M.

" II 19 M.

Roggenkleie M.

9,50—10,00 per

100 kg exkl. Sack.

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:

Weizenmehl Nr. 00 28,00—28,50

per 100 kg Nr. 0 28,00—28,50

exkl. Sack I 20—21 M.

" II 19 M.

Roggenkleie M.

9,50—10,00 per

100 kg exkl. Sack.

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren:

Weizenmehl Nr. 00 28,00—28,50

per 100 kg Nr. 0 28,00—28,50

exkl. Sack I 2